

Partnerschaft Entwicklung Gerechtigkeit

G 8619

Bangladesch Zeitschrift

1-2/2018

NETZ
বাংলাদেশ



Koloniale Kontinuitäten

Positionen und Perspektiven aus Bangladesch und Deutschland

NETZ - Bangladesch Zeitschrift
Nr. 1-2, 40. Jahrgang, 20.08.2018

Gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst

IMPRESSUM

Herausgeber: NETZ Partnerschaft für Entwicklung und Gerechtigkeit e.V. / Moritz-Hensoldt-Str. 20 / 35576 Wetzlar / Telefon: 06441-974630 / Fax: 06441-9746329 / E-Mail: zeitschrift@bangladesch.org ISSN: 1619-6570

v.i.s.d.P.: Niko Richter
Layout: Sandra Schiffke
Titelbild: Lukas Jednicki
Druck: w3 print+medien
Redaktion: Serge Birtel, Lena Boeck, Peter Dietzel, Kai Fritze (Leitung), Patrizia Heidegger, Benjamin Kühne, Maike Lüssenhop, Moritz Marbach, Niko Richter (Leitung), Dirk Saam, Amadea Schindler, Sven Wagner, Linda Wallbott.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Geschlechtergerechte Sprache: Die Autor*innen und interviewten Personen entscheiden, in welcher Form ihr Beitrag veröffentlicht wird.

Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Jahresabonnement: 20 € / Einzel exemplar: 5 €.



Thema:
Koloniale Kontinuitäten

„Ich werbe für ein politischeres Verständnis von Ungleichheit“

Postkoloniale Perspektiven auf Entwicklungszusammenarbeit
Im Interview: *Aram Ziai*



4

Viel Verbesserungspotenzial

Entkolonialisierung des Rechtssystems in Bangladesch
Von: *Ridwanul Hoque und Arpeeta S. Mizan*

10

„Wir haben die Jumma zu Fremden gemacht“

Vom Wirken kolonialer Kontinuitäten in Bangladesch
Im Interview: *Hana Shams Ahmed*

13

„Die Wunde des Kolonialismus ist immer noch da“

Städtische Dekolonisierung in Berlin
Von: *Felicitas Qualmann und Dirk Saam*

16

Glossar

zu Begriffen und Schreibweisen

20

Die Auseinandersetzung mit kolonialen Kontinuitäten: Perspektiven von NETZ

Von: *Dirk Saam, Lena Boeck und Peter Dietzel*



22

Politik und Gesellschaft

Meldungen aus Bangladesch

Zusammengestellt von *Boris Gemünd und Niko Richter*

35

KULTUR

„Verdeckt wollt Ihr halten die Zeichen Eurer Tyrannei“

Poesie des Widerstands von *Sukanta Bhattacharya*



36

NETZ aktiv

Meldungen aus der NETZ-Geschäftsstelle, Aktionen und Nachrichten.

38



Niko Richter
Stellvertretender
NETZ-Geschäftsführer

Liebe Leser*innen,

insbesondere durch die engagierte Arbeit zivilgesellschaftlicher Initiativen rücken die Aufarbeitung der deutschen und europäischen Kolonialgeschichte und deren Kontinuitäten bis in die Gegenwart verstärkt ins öffentliche Bewusstsein. An vielen Orten führen sie beispielsweise Stadtrundgänge durch, die koloniale Spuren sichtbar machen und den Teilnehmenden einen differenzierten Einblick in die Thematik ermöglichen. Eine wichtige gesellschaftliche Auseinandersetzung, gerade in Zeiten eines wachsenden rechtsgerichteten Populismus und der zunehmenden Abschottung der EU gegenüber Menschen aus dem Globalen Süden.

Die Auseinandersetzung mit kolonialen Kontinuitäten findet inzwischen auch verstärkt im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit statt. In diesem Prozess begegnen sich in den letzten Jahren auch regelmäßig ehrenamtliche und hauptamtliche NETZ-Aktive. Einen Einblick hierzu bieten die Beiträge von Dirk Saam, Lena Boeck und Peter Dietzel auf den Seiten 22-34.

Im Gespräch mit NETZ zeichnet Aram Ziai auf den Seiten 4 bis 9 koloniale Spuren in der Entwicklungszusammenarbeit nach und zeigt wichtige aktuelle entwicklungspolitische und gesellschaftliche Veränderungsprozesse in Bezug auf kolonialgeschichtliches Bewusstsein auf. Arpeeta S. Mizan und Ridwanul Hoque beschreiben die andauernde koloniale Prägung des Rechtssystems in Bangladesch (Seiten 10-12).

Im Interview auf den Seiten 13 bis 15 spricht Hana Shams Ahmed über die Auswirkungen kolonialer Kontinuitäten auf indigene Gruppen in Bangladesch. Felicitas Qualmann und Dirk Saam berichten von der wichtigen Arbeit zivilgesellschaftlicher Initiativen für die Dekolonisierung von Erinnerungskultur (Seiten 16-19).

Vielleicht sind Sie am Textanfang beim Lesen über das * gestolpert. Unsere Sprache ist ein Spiegelbild unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Mit ihr lernen wir die Werte und Normen unserer Kultur und reproduzieren sie zugleich. Sprache hat eine wichtige Funktion, um uns zum Nachdenken anzuregen und um bewusst mit Stereotypen zu brechen. Sie bietet Möglichkeiten zur Dekonstruktion starrer Kategorien jenseits von Frau und Mann und kann somit Raum für alle Menschen schaffen. Geschlechtergerechte Schreibweisen, in all ihrer Vielfalt, sind so auch ein Abbild eines fortwährenden gesellschaftlichen Diskurses (s. Glossar, Seiten 20-21).

Doch wie kann dieser dynamische Prozess in einer Zeitschrift angemessen abgebildet werden, ohne dabei starre Vorgaben zu machen? Wir haben uns für die Vielfalt und Selbstbestimmung entschieden: die Autor*innen und interviewten Personen können selbst entscheiden, in welcher Form ihr Beitrag veröffentlicht wird.

Eine interessante und zum Weiterdenken anregende Lektüre wünscht Ihnen

„Ich werbe für ein politischeres Verständnis von Ungleichheit“

Postkoloniale Perspektiven auf Entwicklungszusammenarbeit

Im Gespräch mit NETZ zeigt Professor Aram Ziai die Konsequenzen kolonialer Kontinuitäten in der Entwicklungszusammenarbeit auf und benennt entwicklungspolitische und gesellschaftliche Veränderungsprozesse in Bezug auf kolonialgeschichtliches Bewusstsein.

NETZ: Herr Professor Ziai, warum spielen die deutsche und die europäische Kolonialgeschichte im öffentlichen Diskurs und in der Schule eine sehr geringe Rolle?

Aram Ziai: In der Schule spielt die nationalsozialistische Vergangenheit die weit bestimmendere Rolle. Der Nationalsozialismus liegt historisch weniger weit zurück und ist somit auch viel präsenter, als das, was nochmal dreißig, vierzig Jahre früher in Deutsch-Südwestafrika und Deutsch-Ostafrika stattgefunden hat. Ich glaube allerdings, dass die Auseinandersetzung mit der deutschen Kolonialgeschichte in den letzten zehn Jahren deutlich mehr Aufmerksamkeit erfährt. Gerade auch im Kontext von Nord-Süd-Beziehungen und Entwicklungsarbeit. Gruppen wie Glocal haben unglaublich hohe Klickzahlen für ihr Internetangebot und ihre dort angebotenen Lehrmaterialien. Beispielsweise machen sich auch ehemalige Weltwärts-Freiwillige (Anm. d.

Red.: Weltwärts ist ein Förderprogramm für Freiwilligendienste des BMZ) kritische Gedanken hierzu und finden sich in Gruppen zusammen. Vor zwanzig Jahren gab es das so nicht, da waren das noch ganz vereinzelte Phänomene. Jetzt gibt es einen Prozess.

NETZ: Welchen Einfluss hat das kolonialgeschichtliche Bewusstsein der Gesellschaft auf das Selbstverständnis und die Arbeit von Menschen und Organisationen, die in der Entwicklungszusammenarbeit tätig sind?

Ziai: Durch das mangelnde kolonialgeschichtliche Bewusstsein werden die Parallelen und Kontinuitäten überhaupt nicht gesehen und es kann so zu einem nicht hinterfragten Selbstverständnis als Wohltäter*innen kommen. Also als eine Person, die „auf der Seite der Guten steht“ und sich dann eben für die „armen Menschen in Afrika“ einsetzt. Das ist meiner Meinung nach ein stark verankertes Selbstverständnis bei Menschen, die in der Entwicklungszusammenarbeit tätig sind. Gerade bei der älteren Generation ist dies noch stark verwurzelt. Sie reagieren dann auch empfindlich, wenn sie mit einer postkolonialen oder Post-Development-Kritik konfrontiert werden. Vielleicht bin ich zu optimistisch, doch auch hier nehme ich eine Veränderung wahr. Jüngere Leute haben bereits eine höhere

Sensibilisierung, beispielsweise über die Teilnahme an antirassistischen Trainings bevor sie über das ASA-Programm oder Weltwärts in den Globalen Süden gegangen sind.

Auch in der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit nehmen inzwischen Mitarbeitende verstärkt an antirassistischen Trainings teil. Ich persönlich bin da nicht so nah dran, bekomme jedoch von Kolleg*innen und Promovierenden mit, dass sie beispielsweise von der GIZ und Engagement Global angefragt werden. Das zeigt, dass auch in diesen staatlichen Institutionen der Prozess der Auseinandersetzung begonnen hat. Die Frage ist jedoch, wie weit dieser Prozess reicht. Wird nur das von postkolonialen Studien angenommen, was man gerade gebrauchen kann, ohne jedoch die eigene Praxis grundlegend verändern zu müssen? Die grundlegende Struktur der Entwicklungszusammenarbeit basiert auf der Annahme: es gibt Probleme im Süden und im Norden gibt es genau dafür ein Problemlösungswissen. In dieser Einseitigkeit zeigt sich ein eurozentrisches Muster, das geradewegs aus dem Kolonialismus kommt.

Entwicklungszusammenarbeit könnte jedoch auch in beide Richtungen funktionieren, beispielsweise indem für soziale Probleme

in Deutschland auch aus Bangladesch oder Indien Expertenwissen zu Rate gezogen wird. Solange das aber nicht der Fall ist, solange die Beantwortung der Frage, wer die „Probleme“ und wer die „Lösungen“ hat, als Einbahnstraße gedacht wird, müsste man sich von diesem ganzen Bereich abwenden. Ich finde, das wäre die konsequente und begründbare Haltung. Allerdings ist dies auch eine Haltung, die manchen sehr sinnvollen Projekten in der Entwicklungszusammenarbeit nicht gerecht wird. Gerade weil es eben zivilgesellschaftliche Gruppen und NGOs gibt, die nicht dem oben genannten klassischen Muster folgen – und das nicht erst in den letzten zehn Jahren. Unter den Schlagwörtern Partizipation und Empowerment wurden gera-

de auch politischere Prozesse angestoßen, die auch aus einer kritischen Perspektive nicht negativ zu beurteilen sind.

NETZ: Können Sie dafür ein Beispiel nennen?

Ziai: Spontan fällt mir ein Projekt in Bolivien ein, in dem europäische Geberinstitutionen politische Bewusstseinsbildung förderten. Einheimische NGOs haben indigene Gemeinden dabei unterstützt, ihr Recht auf politische Mitbestimmung einzufordern, sich politisches Gehör zu verschaffen. Die bolivianische Regierung war jedoch gegen ein solches Projekt. Das wäre ein Beispiel für einen Versuch von Geberseite, die Selbstbestimmung, Autonomie und politische Par-

tizipation von marginalisierten Gruppen zu fördern. Wenn die normativen Maßstäbe eines Projektes Emanzipation, Selbstbestimmung und Autonomie sind, dann kann es durchaus sinnvoll sein, so ein Projekt mit Geld aus dem Globalen Norden zu fördern.

NETZ: Ist es aus postkolonialer Perspektive nicht kritisch zu sehen, dass das Projekt gegen den Willen der bolivianischen Regierung unterstützt wurde?

Ziai: Es ist wichtig, solche Widersprüche zur Kenntnis zu nehmen. In diesem Beispiel werden natürlich koloniale Strukturen reproduziert. Zumindest ist es auf der bilateralen Ebene in der Interaktion zwischen Regierungen eine paternalistische Entwicklungs-



Foto: Kai Fritze

Aram Ziai ist Heisenberg-Professor der Deutschen Forschungsgemeinschaft für Entwicklungspolitik und Postkoloniale Studien und Leiter des gleichnamigen Fachgebiets an der Universität Kassel.

zusammenarbeit, die sich über das politische System in Bolivien hinwegsetzt. Trotzdem kann das Projekt für die entsprechenden Gruppen positive Folgen haben. Man muss dabei auch die Herrschaftsverhältnisse innerhalb einer Gesellschaft berücksichtigen – diese bestehen nicht nur zwischen dieser Gesellschaft und der ehemaligen Kolonialmacht. Entscheidend ist, im Einzelfall zu beurteilen, wie sich diese Herrschaftsverhältnisse zueinander verhalten. Natürlich ist es ein Dilemma, wenn man politische Partizipation fördern möchte, indem man existierende politische Strukturen paternalistisch bevormundet. Aber es kann im Einzelfall trotzdem aus einer emanzipatorischen Perspektive heraus die richtige Wahl sein.

NETZ: Verfestigt ihrer Meinung nach die Entwicklungszusammenarbeit globale Machtstrukturen, die ihren Ursprung in der Kolonialzeit haben und auch heute mitverantwortlich für Armut und Diskriminierung sind? Oder kann sie dabei helfen, diese zu verändern?

Ziai: Einerseits reproduziert sie Abhängigkeitsstrukturen. Andererseits kann sie aber eben auch dazu genutzt werden, Abhängigkeiten abzubauen oder Machtstrukturen zu verändern. Also Machtstrukturen, die auch auf lokaler Ebene vorkommen können, und die möglicherweise von marginalisierten Menschen selbstorganisiert oder mit Unterstützung einer politischen Organisation verändert und abgebaut werden können. Es ist jedoch unheimlich schwierig, aus dieser Asymmetrie zwischen „Geber“ und „Nehmer“ herauszukommen. Viele Organisationen beanspruchen für

sich, Projekte nicht vorzugeben. Zwar streben sie eine aktive Einbeziehung der betroffenen Menschen an, jedoch werden die geäußerten Wünsche stets mit dem eigenen Förderkonzept und dem des Geldgebers abgeglichen. Auf diese Weise beeinflusst die Förderagenda des Globalen Nordens natürlich, was überhaupt beantragt wird. Wenn momentan die Themen Gender oder Nachhaltig-

keit angesagt sind, dann macht man ein Projekt zu Gender und Nachhaltigkeit, auch wenn man eigentlich andere Prioritäten hat.

NETZ: Sehen Sie noch weitere Asymmetrien?

Ziai: Eine Asymmetrie besteht auch zwischen „Expert*innen“ und „Lai*innen“. Interventionen im Leben von Betroffenen erfol-



Foto: Kai Fritze

Professor Aram Ziai: „Aus dem Selbstverständnis eines überlegenen Europas wird die eigene partikulare Weltsicht als universell begriffen. Dies führt beispielsweise zu dem unglaublichen Phänomen, dass Leute in Länder geschickt werden, über die sie eigentlich nichts wissen, einfach, weil sie bereits in Entwicklungsprojekten in anderen Ländern tätig waren.“

gen auf Basis von Expertenwissen, beispielsweise im Bereich „Entwicklung“, die den Betroffenen selbst vermeintlich fehlt. Davon getrennt zeigt sich der Eurozentrismus als weitere Asymmetrie-Achse. Aus dem Selbstverständnis eines überlegenen Europas, wird die eigene partikulare Welt-sicht als universell begriffen. Dies führt beispielsweise zu dem un-glaublichen Phänomen, dass Leu-



te in Länder geschickt werden, über die sie eigentlich nichts wissen, einfach, weil sie bereits in Entwicklungsprojekten in anderen Ländern tätig waren. Da zeigt sich ganz deutlich die Vorstellung eines universellen Entwicklungswegs oder Entwicklungsprozesses und dass diese Leute wissen, wie dieser Prozess verläuft. Da ist es dann egal, das Land selbst nicht zu kennen, weil Entwicklung vermeintlich überall auf ähnliche Art und Weise verläuft.

Wir haben aber auch das Phänomen, dass gerade in der Entwicklungszusammenarbeit sehr autoritäre Projekte durchgezogen werden, nicht von Organisationen aus dem Globalen Norden, sondern von nationalen Regierungen selbst. Diese kategorisieren Indigene, Menschen aus der Provinz oder auch Bäuerinnen und Bauern als „unterentwickelt“. Legitimiert durch „Expertenwissen“ werden diesen Menschen dann irgendwelche Projekte aufs Auge gedrückt. Diese Experten-hierarchie funktioniert also auch innerhalb derselben Kultur, innerhalb eines Landes.

NETZ: Was bedeutet dies für die Überwindung globaler Ungleichheit?

Ziai: Wenn wir über globale Ungleichheit reden, dann wäre für mich der erste Adressat nicht die Entwicklungszusammenarbeit, sondern der Kapitalismus, die Weltwirtschaft, Handelsbilanzen, transnationale Unternehmen, privates Eigentum, Produktionsmittel. Dennoch trägt die Entwicklungszusammenarbeit über das Grundmuster „Wo sind die Probleme, wer hat das Lösungswissen?“ Asymmetrien weiter, indem sie kontinuierlich

die Kategorisierungen einer bestimmten Lebensweise und Kultur als „defizitär“ und „unterentwickelt“ reproduziert. Das ist ein zentrales Problem der Entwicklungszusammenarbeit. Diese implizite Vorstellung einer guten Gesellschaft ist ein koloniales Muster.

Angesichts ökologischer Probleme, die bei einer Ausbreitung des westlichen Modells, eines Industriekapitalismus, wie er jetzt gerade abläuft, immer unübersehbarer werden, wäre es Zeit inne zu halten und zu fragen: müsste sich nicht eigentlich der Globalen Norden an den vermeintlich unterentwickelten Gesellschaften des Globalen Südens orientieren und schauen, ob es möglicherweise Modelle des Zusammenlebens, der Organisation von Ökonomie, Politik, Gesellschaft und Ökologie gibt, die eigentlich sinnvoller wären als das, was wir hier gerade machen? Ulrich Brandt und Markus Wissen haben den Ausdruck der „imperialen Lebensweise“ geprägt. Diese ist kein universalisierbares Modell, das alle haben können. Das kann nur eine Minderheit haben, die den Ressourcenverbrauch der Anderen in Besitz nimmt.

Zwar ist Entwicklung heutzutage nicht mehr nur gleichgesetzt mit der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts, es kommt jetzt zum Beispiel auch auf die Lebenserwartung und die Schulbildung an. Aber auch bei diesen Indikatoren kann man sich streiten, ob sie automatisch für eine gute Gesellschaft oder ein gelungenes Leben stehen. Indikatoren, die überhaupt nicht vorkommen, sind beispielsweise Gastfreundschaft oder Solidarität. In Bhutan wird ein Bruttonationalglück-In-

dex empirisch abgefragt. Klar, es passieren auch in Bhutan Dinge, die in keiner Weise vereinbar mit demokratischen Rechten sind. Dennoch kann die Entwicklungszusammenarbeit meines Erachtens viel von diesem Index lernen. Er fragt beispielsweise: „Können Sie nachts ruhig schlafen?“ oder „Auf wie viele Leute können Sie sich verlassen, wenn Sie mal in der Klemme stecken?“. Dies sind auch Aspekte, die für die Lebensqualität und eine gute Gesellschaft eine Rolle spielen können.

Hierzu ist ein Dialog, eine diskursive Auseinandersetzung

notwendig. So kann ein Reflexionsraum darüber entstehen, inwiefern man selbst von Sozialisation, kulturellen Annahmen und Ethnozentrismus geprägt ist. Dies kann zu einer Hinterfragung und möglicherweise auch irgendwann zu einer Zurückweisung von Normen und Praktiken führen, mit denen man aufgewachsen ist – und das beidseitig. So ein Austausch ist enorm wertvoll und kann auch im Rahmen von Entwicklungszusammenarbeit stattfinden.

NETZ: Viele Aktive in NGOs verorten sich und ihr Engagement

in der Tradition des Widerstands gegen den Kolonialismus, gegen Unterdrückung und Diskriminierung. Wie ist Ihre Sichtweise dazu?

Ziai: Man kann in NGOs aktiv sein und sich in der Tradition des Widerstands gegen Kolonialismus verorten und für eine bessere Welt streiten. Man kann das auch mit der Vision einer globalen sozialen Gleichheit tun, ohne dabei auf der Post-Development-Schiene zu sein, die sagt: es gibt keine universelle Skala und es gibt unvergleichliche Möglichkeiten der Realisie-



Foto: Kai Fritze

Weiterführende Literatur von Professor Aram Ziai zum Thema findet sich auch im Internet; beispielsweise seine Antrittsvorlesung zur Heisenberg-Professur Entwicklungspolitik und Postkoloniale Studien an der Universität Kassel vom 18.04.2017 mit dem Titel: „Willkommen in Zhengistan, ÄthioperInnen!“ Postkoloniale Perspektiven auf Entwicklungspolitik.

rung einer guten Gesellschaft. Man tut das dann im Verständnis, dass man soziale Ungleichheit als politischen, sozioökonomischen Konflikt begreift und das eben auch als solchen benennt. Das ist jedoch etwas, was in der Entwicklungszusammenarbeit tendenziell schwierig ist und abgestritten wird. Da wird normalerweise die technokratische Lösung propagiert, dass es einen Mangel an Wissen oder einen Mangel an Kapital gibt, aber kein Problem mit Machtstrukturen. Der Entwicklungsapparat funktioniert insofern oft eher als Anti-Politik-Maschine (Anm. d. Red.: als Anti-Politik-Maschine bezeichnet der Anthropologe James Ferguson, ein Theoretiker der Post-Development-Kritik, die Funktion von „Entwicklungshilfeprojekten“ im Mechanismus der Produktion, Reproduktion und Transformation gesellschaftlicher Strukturen.).

NGOs machen sich sehr unbeliebt, wenn sie lokale oder nationale Machtstrukturen als Teil des Problems oder gar als Zentrum von Ungleichheit thematisieren. Genau das ist aber die Krux, dass ein Engagement für eine gerechtere, weniger herrschaftsförmige Welt genau diese politische Teilnahme beinhaltet. Es ist in den seltensten Fällen so, dass es eine technokratische Lösung gibt, die dafür sorgt, dass es in Armut lebenden Menschen besser geht, ohne dass es den Reichen schlechter geht und ohne, dass sich Machtstrukturen verändern müssen. Widerstand gegen Kolonialismus bringt eine klare politische Haltung zum Ausdruck, die sich in weiten Teilen der Entwicklungszusammenarbeit nicht widerspiegelt. Da wird noch davon ausgegangen, dass man den Ar-

men helfen kann, ohne den Reichen auf die Füße zu treten. Das ist auch ein Punkt, wo ich für ein politischeres Verständnis von Ungleichheit werbe, als es in vielen Organisationen vorhanden ist und das aufgrund von bestimmten institutionellen Mechanismen und Beschränkungen reproduziert wird.

Auch wenn es viel an der Politik von Heidemarie Wieczorek-Zeul (Anm. d. Red.: von 1998 bis 2009 Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) zu kritisieren gibt, hat sie mit ihrer Entwicklungspolitik einen ganz zentralen Punkt aufgegriffen. Nämlich, dass es bei globaler Ungleichheit und globaler Armut um Weltwirtschaft und nicht um Almosen der Entwicklungszusammenarbeit gehen muss. Die Bilanz ihrer Regierungszeit hat aber eben auch gezeigt, wie schwierig es ist, das gegen orthodoxe Definitionen nationaler Interessen durchzusetzen. Nämlich, dass es nicht sein könne, dass eine deutsche Regierung die Interessen von ghanaischen Bäuerinnen und Bauern oder Baumwollpflücker*innen in Westafrika über die Interessen der einheimischen Industrie oder Wirtschaft stelle. Deswegen gefällt mir die Formulierung „Tradition des Widerstands gegen Kolonialismus“ ganz gut, gegen Unterdrückung und Diskriminierung, allerdings auch anzunehmen auf ganz verschiedenen Ebenen und in ganz unterschiedlichen Formen.

NETZ: Welchen Beitrag kann hier eine kritische entwicklungspolitische Arbeit in Deutschland leisten?

Ziai: Es müsste darum gehen, und wie von James Ferguson be-

schrieben, dass die eigene Regierung weniger imperialistische Politik betreibt. Teilweise wird das auch schon aufgegriffen. Die NGO WEED (Anm. der Red.: World Economy, Ecology & Development, WEED) kommt beispielsweise aus der Entwicklungszusammenarbeit, hat aber irgendwann einen Richtungswechsel vollzogen, aus der Überzeugung, dass es eigentlich um die Veränderung weltwirtschaftlicher Strukturen gehen muss und dass durch Lobbyarbeit diese Strukturen eher verändert werden können. Ein anderes Beispiel ist Medico International, die zwar auch klassisch im Globalen Süden aktiv sind, aber dabei auch die politische Brille tragen und Konflikte ansprechen. Da wird gesagt: Wir können hier zwar ein Pflaster draufkleben, aber eigentlich muss sich an sehr viel größeren Strukturen etwas ändern. Glokal ist auch ein sehr gutes Beispiel. Sie vertreten die Meinung, dass wir Rassismus und Eurozentrismus hier in Deutschland thematisieren müssen und deswegen im weiteren Sinne entwicklungspolitische Bildungsarbeit betreiben müssen. Das ist auch eine sinnvolle Art, mit diesen ganzen Konflikten und der Situation umzugehen.

NETZ: Vielen Dank für das Gespräch, Herr Professor Ziai.

Das Interview führten Kai Fritze und Boris Gemünd in Kassel.

Viel Verbesserungspotenzial

Entkolonialisierung des Rechtssystems in Bangladesch

Von Ridwanul Hoque und Arpeeta S. Mizan

Unabhängigkeitsaktivisten in Bangladesch streben nach einem der jungen Nation angemessenen Rechtssystem. Bisher ist dieser Wunsch weitgehend unerfüllt geblieben. Eine Entkolonialisierung des Systems ist überfällig.

Bangladesch wurde am 26. März 1971 nach einem blutigen Krieg gegen die pakistanische Armee unabhängig. Damals entschieden sich die führenden Politiker für Kontinuität in Gesetzesfragen. Das Rechtssystem, das Pakistan und Indien vom britischen Empire geerbt hatten, blieb im Wesentlichen bestehen.

Die neue Verfassung hat das Ziel, eine indigene und transformative Rechtsordnung zu schaffen – frei von den Defekten des Kolonialrechts. In den vergangenen vierzig Jahren hat sich das Rechtssystem in Bangladesch auf eigene Weise entwickelt – in einigen Aspekten durchaus positiv (siehe Kasten). Leider ist das derzeitige Recht in Bangladesch weiterhin stark kolonial geprägt. Ein wirklich selbstkonzipiertes Rechtssystem liegt in weiter Ferne. Erst seit 2012 erlaubte der Supreme Court offiziell die Nutzung der Landessprache „Bangla“ vor Gericht.

Wie zu Kolonialzeiten werden Gesetze befehlsmäßig von oben nach unten erlassen. Die Bevöl-

kerung kann sich kaum an rechtlichen Debatten beteiligen; auch die Chancen, Gerechtigkeit zu erfahren, sind für die Menschen gering.

Die ursprüngliche Verfassung sah Grundfreiheiten vor. Der Staat kann aber über Notfallbestimmungen die Menschenrechte außen vor lassen und Bürger ohne Gerichtsverfahren bis zu 30 Tage lang zu inhaftieren. Die entsprechenden Klauseln wurden 1974 verabschiedet, was als Wiedereinführung der Anti-Freiheitsgesetze betrachtet werden muss, die das britische Empire und Pakistan in früheren Zeiten eingeführt hatten.

Unter britischer Herrschaft wurden die Paragraphen 122 und 123 des kolonialen Strafgesetzbuchs („Offense of Sedition“) routinemäßig für Freiheitskämpfer und Personen angewandt, denen man solche Absichten unterstellte. Pakistan verschärfte das repressive Kolonialrecht noch, indem es Meinungsäußerungen, die die staatliche Souveränität in Frage stellten oder die öffentliche Sicherheit gefährdeten, als Straftaten deklarierte. Dieses Gesetz gilt in Bangladesch weiterhin. Wenig überraschend ist, dass einige kürzlich verabschiedete Gesetze wie das Informations- und Kommunikationstechnologie-Gesetz

den Tatbestand der Verleumdung einer Person durch Cyber-Technologie ähnlich kriminalisieren. Das erinnert stark an koloniale Unterdrückung.

Wie viele andere Kolonialmächte nutzte auch England die Strategie der „Überlagerung“ vorhandener Gesetze. Das Kolonialrecht wurde den bestehenden lokalen Normen und Gebräuchen übergeordnet. Somit wurde die Rechtskultur Südasiens entwurzelt. Zwei der wichtigsten Gründe für diesen rechtlichen Imperialismus waren: 1) Die Briten hielten die indigenen Systeme für unfähig, gute oder „zivilisierte“ Gesetze zu erlassen, und ihr eigenes Gesetz erleichterte ihnen die Herrschaft.

2) Gerechtigkeit und „Good Governance“ zählten wenig. Tatsächlich unterwarf sich die Justiz der Kolonialverwaltung. Sie fungierte als Erweiterung des Beamtenapparates statt als Kontrollorgan. So wurden Tribunale eingerichtet, um Freiheitskämpfer wie Bhagat Singh oder die Initiatoren des Chittagong-Aufstands in den 1930er Jahren vor Gericht zu stellen.

Das Ringen um eine unabhängige Justiz begann direkt nach der Teilung Indiens 1947. Die Verwaltungen Indiens und Pakistans wollten die untere Strafjustiz nicht von der Exekutive

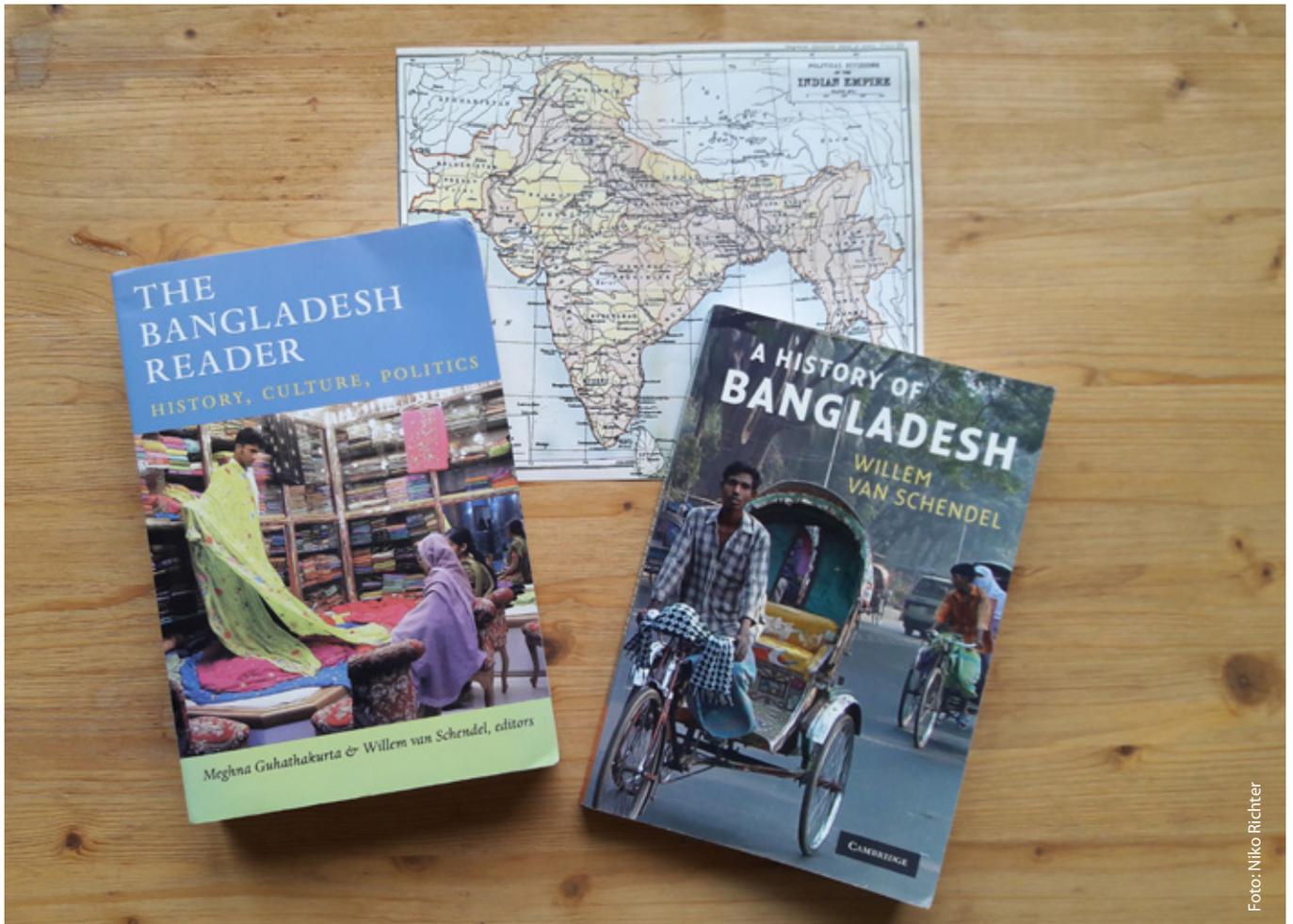


Foto: Niko Richter

trennen. Richter hatten somit juristische und administrative Befugnisse zugleich. Das gab ihnen mehr Macht als vom Kolonialregime beabsichtigt. Indien trennte 1975 schließlich Exekutive und Justiz, Pakistan tat das erst 1997. Bangladeschs Verfassung vom Dezember 1972 sah eine unabhängige Justiz vor, doch 1975 wurden die Gerichte wieder unterworfen. Erst 2007 wurde die untere Strafjustiz von der staatlichen Exekutive getrennt. Das geschah übereinstimmend mit einem Urteil des Supreme Court von 2000.

Vordemokratisches Denken

Die Bürokratie Bangladeschs tickt nach wie vor kolonial. Es ist weiterhin spürbar, dass Bezirksbe-

amte unter den Briten vor allem Steuereintreiber waren und ihre Aufgaben gern mit persönlichen Interessen mischten – das Regime nahm es hin.

Die koloniale Justiz war langsam, rassistisch und von der Regierung abhängig. Leider sieht es bei den Gerichten heute ähnlich aus. Es gibt weiterhin große Probleme mit unabgeschlossenen Fällen und mangelnder Diskretion in gerichtlichen und administrativen Fragen. Das Strafjustizsystem ist extrem bürokratisch und Prozesse verlaufen oft unseriös. Das geringe öffentliche Vertrauen in die Rechts- und Justizsysteme ist ein koloniales Erbe.

Das britische Gesetz behielt einige bereits bestehende Prinzipien bei. Wie die Mogul-Regierung

Lesenswerte Lektüre zur historischen Einordnung der britischen Kolonialherrschaft in Südasien, dem Widerstand der Menschen gegen Fremdbestimmung und den Auswirkungen auf das heutige Bangladesch: „The Bangladesh Reader“, herausgegeben unter anderem von Meghna Guhathakurta und „A History of Bangladesh“ von Willem van Schendel.

Regierungsbehörden verantwortlich machen

Bangladesch hat bemerkenswerte Fortschritte beim Aufbau eines Rechtssystems jenseits des kolonialen Systems gemacht. Es bleibt aber viel zu tun. Ein großer Schritt war es, neben der englischen Sprache auch die Landessprache „Bangla“ vor Gericht zuzulassen. Die Regeln im Supreme Court wurden 2012 entsprechend angepasst.

Auch bemüht sich die Justiz aktiver um den Schutz von Menschenrechten und persönlichen Freiheiten. Deutliches Zeichen dafür sind die so genannten „Public Interest Litigations“ (PILs), Prozesse im öffentlichen Interesse. Das bedeutet, dass Gerichte Fälle annehmen, die Personen des Gemeinwohls für andere einreichen, ohne persönlich betroffen zu sein. PILs helfen oft armen und benachteiligten Teilen der Gesellschaft, deren Fälle aus diversen Gründen nie vor Gericht angehört würden.

PILs wurden vom Supreme Court Indiens eingeführt, die obersten Richter Bangladeschs und Pakistans folgten diesem Vorbild bald. PILs haben den Blick der Menschen auf die Justiz verändert und befähigen die Gerichte, sich mit Klagen zu befassen, die

andernfalls nie berücksichtigt würden. Insbesondere können nun auch Regierungsbeamte zur Verantwortung gezogen werden.

In einem PIL-Urteil 2016 erließ der Supreme Court von Bangladesch Richtlinien zur Anwendung von Paragraph 54 der Strafprozessordnung 1898, und schränkte damit die Befugnisse der Polizei ein, Personen ohne Haftbefehl zu verhaften. In einem anderen Fall entschied der Supreme Court, dass ein Gesetz, wonach Beamte nur mit staatlicher Erlaubnis verfolgt werden dürfen, verfassungswidrig ist. In einem weiteren Fall urteilte der Supreme Court, dass Beamte der Sicherheitskräfte keine Immunität genießen, wenn Leute während einer Anti-Terror-Aktion in Haft sterben.

Solche Entscheidungen zeigen, dass man von der kolonialen Tradition abkommt, Regierungsbeamten stets Immunität zu gewähren und all ihr Handeln als „guten Willen“ zu beurteilen. Das alles weist in die richtige Richtung. Bangladesch hat jedoch noch einiges zu tun, damit Regierungsbehörden niemals über dem Gesetz stehen.

vor ihnen, knüpften die Kolonialherren das Personenrecht an den religiösen Glauben einer Person. Für Muslime und Hindus galten somit unterschiedliche Regeln – in Indien, Pakistan und Bangladesch ist das bis heute so.

Religiös begründete Systeme des Personenrechts laufen nicht zwangsläufig einem modernen Menschenrechtsverständnis zuwider. Gewiss wird im Namen der Religion viel Ungutes getrieben, und das Thema hat das Potenzial, fundamentalistische Ressentiments zu schüren. Südasiatische Gerichtshöfe interpretieren das auf dem Glauben beruhende Recht aber meist so, dass es dem verfassungsrechtlichen Prinzip der Gleichheit entspricht.

Bemerkenswert ist auch, dass unter britischer Herrschaft einige sinnvolle Reformen zustande kamen. Muslimische Ehefrauen erhielten das Recht auf Scheidung, hinduistische Frauen das Recht auf Eigentum. Wichtig war auch, dass man begann, die Zivil- und Strafgesetze zu kodifizieren.

Die Überarbeitung des bangladeschischen Rechtssystems, besonders der Straf- und Zivilprozessordnung, ist seit langem Thema. Doch machten sämtliche Regierungen zu diesbezüglichen Reformen, die der Öffentlichkeit sehr wichtig sind, nur Lippenbekenntnisse. Bisher wurde das Rechtssystem nicht entkolonialisiert.

Dieser Artikel erschien erstmals im November 2017 in der Zeitschrift „E + Z Entwicklung und Zusammenarbeit“; die Schreibweise der deutschen Erstveröffentlichung wurde beibehalten, der Untertitel hinzugefügt.



Ridwanul Hoque ist Juraprofessor an der Universität Dhaka
Arpeeta S. Mizan ist Dozentin an der rechtswissenschaftlichen Abteilung der Universität Dhaka.

„Wir haben die Jumma zu Fremden gemacht“

Vom Wirken kolonialer Kontinuitäten in Bangladesch

Hana Shams Ahmed ist eine bangladeschische Menschenrechtsverteidigerin, die sich seit langem für die Rechte der Jumma einsetzt. „Jumma“ ist die kollektive Bezeichnung der elf indigenen Bevölkerungsgruppen, die in den Chittagong Hill Tracts (CHT) im Südosten Bangladeschs leben. Im Interview berichtet sie von ihrer Arbeit mit der internationalen Chittagong Hill Tracts Commission (CHT-Kommission) und den Auswirkungen kolonialer Kontinuitäten auf indigene Bevölkerungsgruppen im Land.

Frau Ahmed, haben Sie sich manchmal alleine gelassen gefühlt, wenn Sie sich im Rahmen ihrer Arbeit mit der CHT-Kommission für die Rechte der indigenen Bevölkerung eingesetzt haben?

Hana Shams Ahmed: Während meiner Tätigkeit für die CHT-Kommission von 2009 bis 2015 haben wir zu verschiedenen Anlässen mit lokalen Organisationen zusammengearbeitet, insbesondere um über Gewalttaten zu berichten. In diesen Fällen waren die Organisationen sehr hilfsbereit. Sie erhalten Zuschüsse aus dem Ausland, die von den für NGOs zuständigen Behörden in Bangladesch freigegeben werden müssen. Und diese richten ein besonderes Augenmerk auf Organisationen, die Menschenrechtsprojekte im Allgemeinen sowie gezielt mit indigenen Bevölkerungsgruppen durchführen. Insbesondere für in den CHT tätige Organisationen wurden viele diskriminierende und einschüchternde Vorgaben eingeführt. Beispielsweise darf der Begriff „indigen“ nicht in Dokumenten benutzt werden. Ich weiß von vielen dort tätigen Organisa-

tionen, dass sie bewusst eine unpolitischere Sprache in ihren Satzungen und anderen offiziellen Dokumenten benutzen, um ihre Arbeit genehmigt zu bekommen.

Die CHT-Kommission hat das Mandat, sich für die Region und seine Bevölkerung einzusetzen. Denken Sie, dass auch die eher breiter aufgestellten Menschenrechtsgruppen in Bangladesch der Region die notwendige Aufmerksamkeit schenken?

Ahmed: Die CHT-Kommission ist selbst nicht in der direkten Projektarbeit in den CHT tätig. Ihre Mitglieder sind alle ehrenamtlich aktiv und haben so mehr Freiheiten, um staatliche Gewalt und Strafflosigkeit zu thematisieren. Die meisten Organisationen haben nicht die Freiheit, um über diese Themen zu sprechen. Die Tatsache, dass das Militär verdeckt an Gewalttaten beteiligt ist, erschwert es darüber offen zu sprechen. Als Romel Chakma (Anm. d. Red.: Mitglied einer indigenen Studierendenvereinigung in den CHT) von Militärs ermordet wurde und die Tageszeitungen Daily Star und Prothom Alo darüber berichteten, brachen

ihre Werbeinnahmen um 40 Prozent ein. Der Grund dafür war die Verwendung des Wortes „indigen“ in der Berichterstattung. Unter diesen Voraussetzungen ist es für nationale Menschenrechtsorganisationen sehr schwer, öffentlich die Situation in den CHT zu thematisieren. Neben administrativen Problemen kommt erschwerend hinzu, dass die indigene Bevölkerung der CHT im nationalen Geschichtsnarrativ als „Gegner*innen des Unabhängigkeitskrieges von 1971“ oder als „Sezessionist*innen“ dargestellt wird. In diesen Zuschreibungen wirkt ein reflexartiger Nationalismus und die meisten NGOs folgen einer sehr begrenzten nationalistischen Denkweise oder den Vorgaben durch die Agenden zuschussgebender Institutionen. Daher werden politisch heikle Themen nicht behandelt.

Die meisten bengalischen Mitglieder der CHT-Kommission sind auch bei nationalen Organisationen tätig und machen ihre Advocacy-Arbeit zu den CHT durch die Kommission. Unsere Arbeit wurde auf verschiedenste Weise behindert. Beispielswei-



Setzt sich für die Rechte indigener Bevölkerungsgruppen in Bangladesch ein: Hana Shams Ahmed.

Sie publiziert regelmäßig zur Menschenrechtslage in Bangladesch und promoviert aktuell an der York Universität in Toronto zu den Auswirkungen von Entwicklungsprojekten und Gewalt auf den Zugang zu Land und natürlichen Ressourcen der indigenen Bevölkerung in den CHT.

se erhielten wir wiederholt Briefe von verschiedenen Regierungsstellen, in denen wir aufgefordert wurden, die CHT nicht zu besuchen. Schließlich erließ die Regierung infolge einer unserer Missionen, an der auch internationale Kommissionsmitglieder beteiligt waren, einen Erlass, dass Personen aus dem Ausland die CHT nicht mehr besuchen dürfen. Im Jahr 2014 wurden wir binnen von zwei Monaten zweimal während unserer Besuche in den Distrikten Rangamati und Bandarban attackiert. All dies erschwert die Arbeit in den CHT ungemein.

*Warum blieben im Fall der Ermordung von Mithun Chakma (Anm. d. Red.: der Aktivist erlag am 3. Januar 2018 seinen Schussverletzungen) bangladeschische Menschenrechtsaktivist*innen größtenteils still?*

Ahmed: Der Staat übt strikte Kontrolle über Aktivitäten in den CHT aus, inklusive der Arbeit von Menschenrechtsorganisationen. Im aktuellen Fall der Vergewaltigung von zwei jungen Mädchen, vermeintlich verübt durch Mit-

glieder des Militärs, waren es die Aktivist*innen vor Ort, die die Familie unterstützt haben (Anm. d. Red.: gemeint sind die Vergewaltigung und sexuelle Gewalt gegen zwei Schwestern der indigenen Marma in den CHT am 22. Januar 2018). Die Medien haben darüber berichtet, aber vorsichtig. Es gab Restriktionen für Aktivist*innen und Journalist*innen die Opfer und ihre Familie zu treffen und die Familie wurde angewiesen, sich ruhig zu verhalten. Keine Überraschung, wenn man sich ihre marginalisierte Position in der Gesellschaft vor Augen führt und bedenkt, dass Militärangehörige verdächtigt werden.

Es war wichtig, dass der Daily Star ein Interview mit Rani Yan Yan (Anm. d. Red.: Menschenrechtsaktivistin in den CHT und Mitglied des Beraterkreises des Chakma-Königs) zum Thema veröffentlichte. Sie war eine der wenigen Personen mit direktem Zugang zur Familie. Vergewaltigungen werden als Waffe genutzt, um die Menschen in den CHT zum Schweigen zu bringen. Die Tatsache, dass es bisher keine Verurteilungen infol-

ge von Vergewaltigungen in den CHT gab und dass im aktuellen Fall Militäroffiziere verdächtigt werden, verfestigt die Straflosigkeit für alle potenziellen Vergewaltiger. Es fällt mir schwer, mich in die Situation der zwei Teenager hinein zu versetzen: vergewaltigt von Militärs und dann in einem Krankenhaus unter ständiger Polizeibewachung festgehalten, als wären sie selbst die Schuldigen in diesem Fall. Und zeitgleich gibt es keine Informationen dazu, was mit den verdächtigten Personen passiert ist. So breitet sich Angst aus, jenseits der direkt betroffenen Menschen. Sie wird sukzessive in die kollektive Psyche der Menschen eingepflanzt und durch jede weitere Attacke und damit verbundener Straflosigkeit perpetuiert. Das ist die aktuelle Lage in den CHT.

Wie sensibilisiert ist die Bevölkerung Bangladeschs bezüglich der Situation in den CHT?

Ahmed: Die jüngere bengalische Generation ist insbesondere an der Kultur der Jumma interessiert. Sie sind fasziniert von ihrer Kleidung, ihrem Essen und ande-

ren Ausdrücken ihrer Kultur. Der Tourismus in die CHT wächst und gerade für junge Menschen ist ein Besuch der Region ein Abenteuer. Viele Tourist*innen, die ich im Jahr 2016 im Rahmen meiner Masterarbeit über staatlich kontrollierten Tourismus in den CHT getroffen habe, redeten über all die von ihnen besuchten exotischen und abenteuerlichen Orte. Sie waren stolz darauf, das Unbekannte der CHT zu kennen. Das Interesse der jüngeren Generation ist hauptsächlich auf exotische Aspekte der Jumma limitiert.

Gibt es ein Verständnis für die den Jumma aufgezwungene Lebensweise, die von Militärpräsenz und deren uneingeschränkten Vollmachten geprägt wird?

Ahmed: Viele Menschen reisen mit ihren Familien in die CHT und sie empfinden die Militärpräsenz als sehr positiv. Sie haben das Gefühl, dass ihr Besuch nur durch die vom Militär gewährleistete Sicherheit möglich ist. Die meisten Menschen beschäftigen sich nicht damit, was die militärische Präsenz für die Jumma bedeutet. Einige der von mir gesprochenen Tourist*innen brachten auch ihre Missbilligung über die Aktivitäten der Jumma zum Ausdruck, da durch diese ihre Angst vor einer secessionistischen Bewegung genährt wird. Wir haben die Jumma zu Fremden gemacht, als die „Anderen“ und als nicht zu uns gehörend stigmatisiert. Wir, die bengalische Mittelklasse, betrachten die Militärpräsenz als etwas ganz normales in einem freien Land, solange wir selbst nicht unter diesen Umständen leben müssen und solange wir unseren Urlaub in den CHT genießen können.

Es gibt eine reflexartige nationalistische Reaktion in Bezug auf die CHT. Die Gewalt der Kolonisation hat ein Trauma hinterlassen, dem wir uns als Gesellschaft bisher noch nicht richtig gestellt haben. Menschen, die in Britisch-Indien geboren wurden, die Pakistan durchlebt und die Entstehung Bangladeschs erlebt haben, sind noch am Leben. Postkoloniale Ängste sind verknüpft mit der Kategorisierung von Unterschieden und Parolen für ein unabhängiges Bangladesch als homogene bengalische Nation. In einer Kriegssituation ist es wichtig, solche Emotionen zu kultivieren, um eine Bewegung erfolgreich zu mobilisieren. In einer Kriegssituation kann man kurzfristig den unbequemen Fakt ignorieren, dass nicht jede Person, die in und auf diesem Land lebt, Bengal*in ist. Nach der Unabhängigkeit sind diese Emotionen jedoch ein politisches Kapital geworden.

Für eine politische Partei wird dieses Kapital zu einem mächtigen Instrument, um Mitglieder und die Loyalität der Menschen zu gewinnen. Diese starken Emotionen können kultiviert werden, um alle Formen von Gewalt auszuüben. Dadurch entsteht eine Heiligenaura für diese Emotion. Die Manifestation dieser Emotionen zeigt sich in unserer Haltung gegenüber den Jumma. Es besteht eine allgemeine Stimmung zum „Schutz“ der bengalischen Identität, als würde sie noch immer attackiert werden. Wenn wir als Bengal*innen immer noch das Gefühl haben, dass wir unsere Identität verteidigen und behaupten müssen, dann haben wir nicht viel Raum für andere Identitäten, die innerhalb unserer Grenzen leben, sondern wir stellen ihre Identität als „nicht-bengalisch“ dar.

*Wo liegen die Gründe für das Fehlen einer Stimme für die Jumma? Wie viel ist zurückzuführen auf ein systemisches Desinteresse, auf Unkenntnis und auf enger werdende Handlungsspielräume von Menschenrechtverteidiger*innen?*

Ahmed: Ich würde diese Punkte nicht in Verbindung setzen mit dem „Fehlen einer Stimme“, sondern sehe sie als Teile einer fortschreitenden Ausbeutung. Aus meiner Sicht geht es dabei um einen systematischen Ansatz, um alle Formen von Dissens zum Schweigen zu bringen. Es besteht ein Zusammenhang mit der allgemeinen Ausbeutung und der Kontrolle über das Land und das Kapital in den CHT. Der Staat und private Unternehmen wollen Profite mit dem Land und dem Wald in den CHT machen, also müssen sie die Menschen vor Ort enteignen. Dies wird begünstigt und verstärkt durch bestehende Ungleichheiten in Bezug auf Klasse, Ethnizität und Gender in unserer Gesellschaft. Diese Morde, Vergewaltigungen und die damit verbundene Straflosigkeit sind nur möglich, weil diese Ungleichheiten existieren. Gleichzeitig werden die Ungleichheiten durch diese Taten weiter verstärkt. Profitieren davon tun schlussendlich der Staat und die bengalische Elite.

Das von Shayan S. Khan geführte Interview, hier in einer etwas gekürzten Fassung veröffentlicht, erschien am 22.02.2018 im Dhaka Courier unter dem Titel „We have Othered the Jummas to such an extent“.
Übersetzung: Franziska Gaube

„Die Wunde des Kolonialismus ist immer noch da“

Städtische Dekolonisierung in Berlin

Von Felicitas Qualmann und Dirk Saam

(...) / Die Kolonialzeit ist schon lange vorbei / hab' ich gedacht /
 Doch ich merke sie ist immer noch ein Teil von meiner Stadt /
 So viel Leid hat sie uns damals nach Afrika gebracht /
 In jedem Wort hab' ich den Schmerz meiner Vorfahren verpackt /
 Die deutsche Kolonialgeschichte hat noch Spuren hinterlassen / tut übertrieben weh /
 Doch ich versuche nicht zu hassen /

Seit über 100 Jahren sieht man auf Straßenschildern Namen von Personen /
 die in Afrika viele Menschen versklavten / (...)

Ja, es waren deutsche Kolonisten / Menschen ohne Herz /
 Warum werden solche Häuser mit Straßennamen geehrt / (...)
 Swakopmund, eine Stadt in Namibia /
 wo es wegen der deutschen Kolonisierung keinen Frieden gab /
 die ersten Konzentrationslager wurde dort gebaut /

1904 /
 also schon lange vor dem Holocaust / (...)
 Ich sag' es deutlich, damit es jeder versteht / Carl Peters tötete Menschen /
 Aber bekam die Petersallee / Viele weitere Kolonialverbrecher werden geehrt /
 Es wird vertuscht und in der Schule wird es keinem gelehrt / (...)

Textauszug aus dem Lied „Spuren der Kolonialzeit“ (2017) von Matondo,
 einzusehen über diverse Videoportale im Internet.

Engagiert sich seit vielen Jahren unter anderem für die Umbenennung von Straßen und Plätzen, die deutsche Kolonialisten ehren: Marianne Ballé Moudoumbou, Mitbegründerin des Zentralrats der Afrikanischen Gemeinde in Deutschland



Foto: Tahir Della

Die Liedzeilen des Berliner Musikers Matondo zeigen auf, dass in Deutschland Kolonialist*innen im öffentlichen Raum geehrt werden, die rassistische Verbrechen und Gräueltaten begangen haben. Im Fall des sogenannten Afrikanischen Viertels im Berliner Wedding sind dies jene, die während der Deutschen Kolonialzeit Schwarze Menschen unterdrückt, vertrieben und ermordet haben. Und deren weißes Überlegenheitsdenken und „Forschungsarbeit“ das Fundament für ein rassistisches Weltbild schufen, welches in Genoziden gipfelte und im Nationalsozialismus seine Kontinuität fand. So erinnert die im Lied angesprochene Petersallee im Afrikanischen Viertel an

Carl Peters, der als Reichskommissar in Deutsch-Ostafrika (unter anderen das heutige Tansania) eine Terrorherrschaft installierte und dort auch den Namen „Blutige Hand“ trug. Weitere Beispiele aus dem Berliner Wedding lassen sich anführen: Die Lüderitzstraße ist benannt nach Adolf Lüderitz, einem Kaufmann aus Bremen, der im heutigen Namibia die Gruppe der Nama um einen Großteil ihres Landes betrog. Dieser Landverlust trägt noch heute zur strukturellen Benachteiligung vieler Nama bei. Gustav Nachtigal, nach dem der Nachtigalplatz benannt ist, nahm in der kolonialen Aneignung von Kamerun, Togo und Deutsch-Südwestafrika (heutiges Namibia) eine zentrale Rolle ein.

In Berlin existiert eine Vielzahl von Initiativen und Bündnissen, die sich für die Dekolonisierung der Stadt und ihrer Erinnerungs-

kultur einsetzen. An verschiedenen Stellen und in unterschiedlichen Bereichen setzen sich diese Initiativen für die Auseinandersetzung mit und Sichtbarmachung von kolonialer Gewaltgeschichte in der Berliner Stadtlandschaft ein. Seit über 300 Jahren leben Menschen mit diasporischen Bezügen in Berlin, ihre Perspektiven und Erinnerungen finden jedoch häufig keine Repräsentation in der städtischen Erinnerungslandschaft. Die Dekolonisierung der Stadt bedeutet für diese Initiativen, einseitige und gesellschaftlich dominante Geschichtsnarrative mit marginalisierten Geschichten zu durchkreuzen und ihre Verwobenheit mit diasporischen Perspektiven aufzuzeigen.

Dabei setzen sich Initiativen wie Berlin Postkolonial, die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) unter anderem in dem stadtweiten Organisationsbündnis Decolonize Berlin für eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gestaltung des öffentlichen Raumes und für das Sichtbarmachen widerständischer Geschichte(n) ein. So fordern diese Initiativen seit über zehn Jahre die Umwid-

Zu Ehren von Anna Mungunda, Widerstandskämpferin gegen die deutsche Kolonialherrschaft im heutigen Namibia, soll eine Straße im sogenannten Afrikanischen Viertel in Berlin nach ihr benannt werden: Aktivist Israel Kaunatjike hat dafür lange gekämpft.



Foto: Tahir Della

mung von kolonial-rassistisch benannten Straßen und Plätzen. Die Petersallee, die Lüderitzstraße und der Nachtigalplatz sind nur drei dieser Orte im Afrikanischen Viertel, die durch ihre Benennung deutsche Kolonialverbrecher ehren. In Berlin gibt es insgesamt zehn Straßen, die laut Dekolonisierungsaktivist*innen auf Menschen der Widerstandsbewegungen gegen die deutsche Kolonialherrschaft umgewidmet werden sollen. Mnyaka Sururu Mboro setzt sich beispielsweise für die Umbenennung der Petersallee ein:

„Ich fordere die Umbenennung der Petersallee, da ihr Namensgeber ‚Hänge-Peters‘ viele von meinen Landsleuten brutal umgebracht hat. Ich möchte, dass sie in Zukunft Maji-Maji-Allee heißt und die Deutschen an den größten Widerstandskrieg erinnert, der je gegen ihre Kolonialherrschaft geführt wurde. Es ist erschreckend, dass es hier noch immer so viele Denkmäler und Straßennamen gibt, die Kolonialverbrecher ehren, während unser Befreiungskampf nirgends erwähnt wird.“ Die Wunde des Kolonialismus sei immer noch da, so Mboro.

In diesem Jahr werden die langjährigen Forderungen der Dekolonisierungsinitiativen, welche immer wieder auf städtische Behörden und die Berliner Öffentlichkeit zugegangen sind, aufgegriffen. Der Kulturausschuss des Bezirks Berlin-Mitte hat in seiner Sitzung am 11. April 2018 empfohlen, die Lüderitzstraße, den Nachtigalplatz und die Petersallee im Afrikanischen Viertel zur Würdigung des afrikanischen Widerstandskampfes gegen Kolonialismus, Rassismus und Apartheid umzubenennen. Laut einer Pressemeldung von Decolonize

Berlin „wird [dabei] der konkrete Bezug zur Geschichte der verschiedenen ehemals deutschen Kolonien weitgehend gewahrt, die Perspektive auf die Kolonialgeschichte jedoch umgekehrt (...). So werden in Zukunft der Nama-Widerstandsführer Cornelius Fredericks, die in Douala herrschende widerständige Familie Bell aus Kamerun, die Antipartheid-Kämpferin und Herero-Nationalheldin Anna Mungunda

Namen werden im Afrikanischen Viertel nun nicht nur erstmals Menschen aus Afrika geehrt. Es werden die gewürdigt, die im Widerstand gegen die deutschen Kolonialherren ihr Leben ließen. Das Afrikanische Viertel kann erst jetzt mit gutem Recht als ‚afrikanisch‘ und als kritischer Lern- und Erinnerungsort zum deutschen Kolonialismus betrachtet werden. Wir erwarten nun, dass an den neuen Platz- und Straßen-



Organisiert und begleitet in Berlin kolonialkritische Stadtrundgänge: Mnyaka Sururu Mboro, Vorstandsmitglied und Mitbegründer von Berlin Postkolonial.

und die mehr als 20 Gemeinschaften des heutigen Tansanias vereinernde Maji-Maji-Widerstandsbewegung gegen die deutschen Kolonialherren (1905-07) gewürdigt. Die bisherige Petersallee wird dabei namentlich in Maji-Maji-Allee und Anna-Mungunda-Allee geteilt.“

Tahir Della (ISD und Decolonize Berlin) sieht die Umbenennung als großen Erfolg: „Mit den neuen

namen Informationsstelen installiert werden, welche den alten Namen, die Gründe für die Umbenennung und die neuen Namen erläutern. Die Umbenennungen könnten dann nicht nur vergleichbare Initiativen in anderen Städten anregen, sondern diesen auch als Modell dienen.“ Auf diese Weise wird die Chance ergriffen, die Verwobenheit mit diasporischen und widerständischen Geschichten sichtbar zu machen

und die Geschichte deutscher Migrationsgesellschaft multiperspektivisch zu erzählen.

Dass die Umbenennung von Straßennamen in Berlin und in anderen deutschen Städten keine Selbstverständlichkeit ist, zeigt nicht nur die Tatsache, dass es über zehn Jahre Überzeugungsarbeit bis zur Umbenennung im Afrikanischen Viertel bedurfte. Unter anderen kämpfen Berlins Schwarze und afrikanische Organisationen seit Jahren für die Umbenennung der M*-Straße in Berlin-Mitte.¹⁾

Der deutsch-ghanaische Aktivist und Wissenschaftler Joshua Kwesi Aikins erklärt, dass die Geschichte der Straße eng verknüpft ist mit dem brandenburgischen Versklavungshandel. „M*“ oder „Hofm*“, so Aikins, wurden diejenigen Afrikaner*innen genannt, die im Zuge des deutschen Kolonialismus nach Europa verschleppt und versklavt wurden, um an den absolutistischen Höfen zu dienen. „Sie wurden zur damaligen Zeit außerhalb der Stadt-tore in Kasernen untergebracht, da wo heute die M*-Straße verläuft. Auf Grund dessen hieß sie zuerst im Volksmund und später offiziell so. Das ist eine ganz klare rassistische Tradition.“

Leseempfehlung zum Thema: *Berliner Entwicklungspolitische Rat-schlag (BER; 2016): Stadt neu lesen. Dossier zu kolonialen und rassistischen Straßennamen in Berlin.* Hg. v. BER, Initiative Schwarze Menschen in Deutschland e.V. und Berlin Postkolonial e.V.

Diese rassistische Tradition sowie die Erinnerung von Kolonialist*innen finden sich in Orten in ganz Deutschland wieder und diskriminieren Schwarze Menschen und People of Color (s. Glossar) landesweit: zum Beispiel die Wissmann-Straße in Kassel, die nach Hermann von Wissmann benannt ist, der durch militärische Expeditionen maßgeblich zur Kolonisierung des Kongo beitrug und die Eckerstraße in Freiburg, benannt nach dem Anthropologen Alexander Ecker, der die Schädel-sammlung der Universität Freiburg zum Zwecke rassistischer Forschung begründete. Zudem gibt es das Steigenberger Hotel „Drei M*“ in Augsburg oder die zahlreichen M*-Apotheken etwa in Celle, Nürnberg, Sarstedt oder in Frankfurt am Main. Im Streit um eine mögliche Umbenennung der Frankfurter Apotheke lehnt der CDU-Fraktionsvorsitzende im Stadtparlament Michael zu Löwenstein laut Medien diese ab, unter anderem mit der Begründung, dass er daran zweifle, ob der Begriff schon

per se eine Beleidigung sei. Er stellt offenbar eigene Zweifel über das Empfinden betroffener Menschen, die sich durch das M*-Wort diskriminiert fühlen. Als privilegierter weißer Politiker erlaubt er sich so, Rassismuserfahrungen von Schwarzen Menschen zu beurteilen und abzulehnen. Aktuelle Studien belegen, dass Menschen mit dem Begriff bis heute exotisierende, herabwürdigende und rassistische Assoziationen verbinden. Für viele Schwarze Menschen steht dieser Begriff, ähnlich wie koloniale Straßennamen, vor allem für die schmerzhafteste Erinnerung an die Versklavung ihrer Vorfahren und die Kontinuität rassistischer Erinnerung. In vielen deutschen Städten gibt es postkoloniale und Schwarze Initiativen, die koloniale Spuren aufzeigen und Umbenennungen einfordern. Es gilt, diese zu unterstützen. Beispiele hierfür sind Freiburg Postkolonial oder auch Kassel Postkolonial.

¹⁾ Es handelt sich hier um die „Mohrenstraße“; der Begriff „Mohr“ wird hier ausgeschrieben, um Leser*innen, die nicht mit der Thematik vertraut sind, den Sachverhalt verständlich zu machen. Durch das Ausschreiben des Wortes reproduziert man allerdings automatisch rassistische Sprache. Dies soll verhindert werden. Daher wird im Text von der M*-Straße gesprochen.



Felicitas Qualmann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Akkon-Hochschule für Humanwissenschaften in Berlin. Sie ist aktiv bei Berlin Postkolonial und NETZ. Dirk Saam ist Leiter Politischer Dialog bei NETZ.

Die Macht der Worte

Glossar zu verwendeten Begriffen und Schreibweisen

Dieses Glossar bietet Erläuterungen zu ausgewählten zentralen Begriffen und Schreibweisen, die in dieser Zeitschrift verwendet werden. Als wichtige Orientierung dafür dienen unter anderem die Broschüre „Mit kolonialen Grüßen“, die vom Berliner Verein Glokal im Jahr 2012 veröffentlicht wurde, und die Handreichung mit Empfehlungen für geschlechtergerechte Sprache der Alice Salomon Hochschule Berlin.

Sidhu und Kanhu, Statue von Bishnu Pado Rai (2016) in Dinajpur, Bangladesch. In den Jahren 1855 und 1856 hatten rund 10.000 Santals im heutigen Gebiet der indischen Bundesstaaten Jharkhand und Westbengalen gegen die britische Kolonialmacht und das korrupte Landbesitzsystem rebellierte. Die Brüder Sidhu Murmu und Kanhu Murmu waren die Anführer des Aufstands, der vom britischen Militär mit brutaler Gewalt beendet wurde.

Foto: Peter Dietzel

Schwarz und weiß

Um deutlich zu machen, dass rassistische Kategorien ausschließlich soziale Konstruktionen sind, die mit bestimmten sozial-historischen Positionen und (Nicht-)Privilegien einhergehen, werden in den Beiträgen dieser Zeitschrift „Schwarz“ groß und „weiß“ klein und kursiv geschrieben. Durch die veränderte Schreibweise soll diskriminierenden Bezeichnungen und Zuschreibungen begegnet werden.

Geschlechtergerechte Sprache

Wenn Gesellschaften sich verändern, verändert sich auch ihre Sprache. Sprache ist ein Instrument, das Bedürfnisse nach Mitteilung und Verständigung erfüllt und kann zugleich auch ein Instrument der Machtausübung und des Ausschlusses sein. Seit Anfang der 1970er Jahre wurden im deutschsprachigen Raum zahlreiche Schreibweisen entwickelt, um zunächst Frauen, später dann auch Menschen, die sich nicht den Kategorien „männlich“ und „weiblich“ zuordnen wollen, in Texten sichtbar zu machen. Bekannte Formen sind beispielsweise Doppelnennungen (Bürgerinnen und Bürger), das sogenannte Binnen-I (BürgerInnen) und der Unterstrich (Bürger_innen). Seit längerem ist auch die Verwendung des Sternchens (Bürger*innen) verbreitet, wodurch ein Raum für Personen symbolisiert wird, die sich in einem System, das lediglich Frauen und Männer kennt, nicht wieder finden, beispielsweise intersexuelle oder transsexuelle Menschen.

People of Color

People of Color ist ein Begriff, mit dem sich Menschen selbst bezeichnen können, die in der Mehrheitsgesellschaft als „nicht-weiß“ gelten. Der Begriff ermöglicht, die koloniale Strategie des Teilens (zwischen verschiedenen „nicht-weißen“ Gruppen) und Herrschens zu überwinden, indem er Menschen mit ähnlichen rassistischen Erfahrungen zusammen bringt. Wie Schwarz ist der Begriff People of Color eine Selbstbezeichnung, um rassistischen und kolonialen Wortschöpfungen eine Alternative entgegenzusetzen.

Globaler Süden und Globaler Norden

Der Begriff „Globaler Süden“ beschreibt eine im globalen System benachteiligte gesellschaftliche, politische und ökonomische Position. Dementsprechend beschreibt der Begriff „Globaler Norden“ eine mit Vorteilen bedachte, privilegierte Position. Die Einteilung verweist auf unterschiedliche Erfahrungen mit Ausbeutung und Kolonialismus: als Ausgebeutete und als Profitierende. Zwar ist die Einteilung in Süden und Norden auch geographisch gedacht, aber nicht ausschließlich. So gehört zum Beispiel Australien, wie auch Deutschland, mehrheitlich dem Globalen Norden an. Doch gibt es in beiden Ländern auch Menschen, die Teil des Globalen Südens sind, beispielsweise die Aboriginal Australiens und illegalisierte Personen. Auch in Ländern, die mehrheitlich dem Globalen Süden angehören, gibt es Menschen, die die Privilegien des Globalen Nordens genießen, zum Beispiel Personen deutscher Abstammung in Namibia. Das Begriffspaar versucht, unterschiedliche politische Positionen in einem globalen Kontext zu benennen, ohne dabei wertende Beschreibungen wie beispielsweise „entwickelt“ und „unterentwickelt“ zu verwenden. (Quelle: Broschüre „Mit kolonialen Grüßen“, Glocal e.V.)

Post-Development-Kritik

Der Ansatz der Post-Development-Kritik entstand vorwiegend in den 1980er Jahren im lateinamerikanischen Raum. Ein zentrales Merkmal des Ansatzes ist seine grundlegende Ablehnung des Konstrukts der „Entwicklung“ und der damit verbundenen Praxis. „Entwicklung“ wird als eine Ideologie des Westens verstanden, die eine Fortsetzung des Kolonialismus mit anderen Mitteln erlaubte. Entwicklungstheorie, -politik und -zusammenarbeit werden grundsätzlich in Frage gestellt, weil sie eurozentrisch, entpolitisiert und autoritär seien. Die Post-Development-Kritik bezieht sich nicht nur auf die Entwicklungszusammenarbeit, sondern stellt implizit oder explizit auch Kapitalismus, Staat und Wissenschaft in Frage, zumindest in ihrer vorherrschenden Ausprägung.

Kolonialgeschichte und Entwicklungszusammenarbeit

NETZ setzt sich mit kolonialen Kontinuitäten auseinander

Von Dirk Saam

*NETZ ist eine Organisation mit Mitarbeitenden aus Bangladesch und Deutschland, die vornehmlich in diesen beiden Ländern arbeitet. Eines dieser Länder wurde kolonisiert, das andere Land hat kolonisiert. Heute noch gibt es koloniale Kontinuitäten, die gesellschaftliches Zusammenleben sowie ökonomische und politische Rahmenbedingungen sowohl in Bangladesch und Deutschland als auch zwischen den beiden Ländern prägen. NETZ ist sich dieser historisch gewachsenen Strukturen bewusst. Denn Organisationen wie NETZ laufen Gefahr, koloniale Strukturen und Bilder zu reproduzieren, zum Beispiel im Rahmen der Kooperation mit Partner*innen im Süden, durch die Art der Darstellung des Globalen Südens in der deutschen Öffentlichkeit oder gegenüber politischen Entscheidungsträger*innen in Europa. Wie das historisch herzuweisen ist und warum Kritiker*innen Entwicklungszusammenarbeit als Fortführung kolonialer Strukturen begreifen, wird im ersten Teil dieses Beitrags erläutert. Welche Veränderungen NETZ aktuell eingeleitet hat, um kolonialen Kontinuitäten zu begegnen, ist im zweiten Teil dargestellt.*

Im Rahmen vor allem nichtstaatlicher Entwicklungszusammenarbeit hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass Armut zum größten Teil durch den Menschen verursacht ist und Machtstrukturen verantwortlich zu machen sind. Daher setzen viele Programme darauf, lokale Machtstrukturen in den Ländern des Globalen Südens, bestehend aus Politik, Wirtschaft, Militär und Polizei sowie lokalen Eliten, die durch Landraub und Ressourcenausbeutung Menschen in Armut treiben, zivilgesellschaftliche Strukturen entgegen zu setzen. Bestehende Machtstrukturen sollen durch die Schaffung von Parallelstrukturen herausgefordert und perforiert werden. Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen, die in der Projektarbeit im Globalen Süden tätig sind, schauen hauptsächlich in

die Länder des Südens und analysieren, wie den lokalen Herausforderungen begegnet werden kann. Selten thematisieren sie globale Macht- und Ungerechtigkeitsstrukturen und machen diese nur vereinzelt zum Ausgangspunkt ihrer Arbeit. Dabei sind diese Strukturen unter anderem eine direkte Folge des Kolonialismus und bieten wichtige Erklärungen, zum Beispiel für die globale Verteilung von Reichtum und Armut. Länder des Globalen Nordens profitieren auch heute von der Ausbeutung von Ressourcen und Arbeitskräften ehemals kolonisierter Länder wie Bangladesch. Die Ursachen von Armut sind komplex und multidimensional, koloniale Kontinuitäten spielen dabei eine wichtige Rolle.

Zerstörung von Ökonomien im Globalen Süden

Im Entwicklungsdiskurs besteht auch heute noch das dominierende Bild eines „entwickelten“ Globalen Nordens gegenüber eines „weniger entwickelten“ und „rückständigen“ Globalen Südens. Basierend auf dieser Einteilung wird angenommen, dass der Globale Süden die „Entwicklung“ des Globalen Nordens aufholen sollte und der Norden in diesem Prozess als Vorbild fungiert. Diese Einteilung der Welt ist auf koloniale Weltbilder zurückzuführen. Um die koloniale Vorgehensweise europäischer Staaten vor allem in Asien und Afrika zu legitimieren, wurden kolonisierte Gesellschaften als „unzivilisiert“ und „rückständig“ gegenüber den „zi-



Foto: Taslima Akhter

Widerstand gegen die Ausbeutung natürlicher Ressourcen und Landwegnahme in Bangladesch, an denen auch ausländische Staaten und Privatunternehmen beteiligt sind. Hier ein Protestmarsch gegen den Braunkohletagebau in Phulbari.

vilisierten“ kolonisierenden Gesellschaften dargestellt. Der Blick in die koloniale Vergangenheit Europas offenbart wichtige Ursachen für die heutigen globalen Machtstrukturen. Der Blick zeigt auf, dass die Gründe für Spaniens, Frankreichs, Englands oder Deutschlands heutigen Status als Global Player in der westlichen Expansion zu finden sind und auf der Ausbeutung der Länder des Globalen Südens basiert. Er zeigt, dass die Kolonialmächte vielfältige und komplexe Gesellschaftsformen gewaltvoll und nachhaltig verändert, Gesellschaften gespalten und Menschen in ihre Abhängigkeit getrieben oder funktionierende regionale Wirtschaftssysteme zerstört und zur eigenen Gewinnmaximierung umfunktioniert haben. So existierten beispielsweise vor der Zeit Britisch-Indiens komplexe Handelsstrukturen im südasiatischen und arabischen Raum, die durch europäische Handelskompanien nachhaltig und zum Nachteil der südasiatischen Region verändert wurden. Hierdurch kam es zu einer Umkehrung der Handelsströme, die in weiten Teilen eine „De-

Industrialisierung“ des indischen Subkontinents zur Folge hatte.

Der Blick in die koloniale Vergangenheit offenbart eine Zwangsintegration des Südens in ein globales kapitalistisches Wirtschaftssystem. Dieses spiegelt sich in der Privatisierung von vormaligen Gemeingütern und der Zerstörung von kooperativem und kollektivem Arbeiten wider und schuf so die Grundlage für die Kolonialmächte, zu ökonomischen, politischen und militärischen Schwergewichten aufzusteigen. Die grobe Aufteilung in einen reichen Globalen Norden und einen armen Globalen Süden sowie die Festsetzung weltweiter Handelspraktiken durch den Globalen Norden zu Lasten der Menschen im Süden ist eine Kontinuität des Kolonialismus und eine zentrale Ursache für globale Armut. Während der Kolonialzeit wurden somit gesellschaftliche, politische, ökonomische und kulturelle Machtstrukturen etabliert, die unsere Gesellschaften bis heute durchziehen und von denen der Globale Norden bis heute profitiert.

Eingriffe in gesellschaftliche Strukturen prägen das Heute

Die Zusammenarbeit der Kolonialmächte mit Eliten in den kolonisierten Ländern zur Beherrschung der jeweiligen Bevölkerung und die daraus resultierende Verfestigung von Machtpositionen für lokale Eliten, prägen bis heute Hierarchisierungen in Gesellschaften und durchdringen gesellschaftliches Zusammenleben. Regularien zur Festlegung von Landbesitz sowie die Einführung von Pachtsystemen zugunsten der Eliten sind Beispiele für Strukturen, die eingeführt wurden, um Machtpositionen für lokale Eliten zu verfestigen. So konnte diese durch Repression der lokalen Bevölkerung die Landwirtschaft nach den Bedürfnissen der Kolonialmächte ausrichten. Einheimische Sorten wurden zerstört und Agrarprodukte angebaut, die den Kolonialmächten dienten, die aber für die lokale Bevölkerung wenig Nutzen boten. Als koloniale Kontinuität

lässt sich heute die ausgedehnte Aneignung von Land durch transnationale Großkonzerne und Staaten benennen, einhergehend mit Landvertreibungen und -enteignungen marginalisierter Gruppen. Lokale Eliten sind auch heute relevante Akteur*innen zur Umsetzung einer solchen Politik.

Hierarchisch strukturierte Gesellschaften wie beispielsweise im ehemaligen Britisch-Indien, die sich in patriarchalen Strukturen oder dem Kastensystem offenbaren, sind geprägt durch Interventionen während der Kolonialzeit. So war das Kastensystem schon vor der Kolonialzeit verbreitet, wurde durch die Kolonialmächte aber in seiner Rigidität derart verschärft, so dass sich der diskriminierende Charakter herausgebildet hat, der heute sichtbar ist. Wichtig zu verstehen ist, dass es hier um Strukturen geht, die durch die Kolonialmächte zur Ausübung von Macht geprägt wurden und nicht von Menschen, die als „unzivilisiert“ markiert sind. Das Bild von traditionellen, von der Geschichte nicht beein-

flussten und religiösen Werten, die in der Entwicklungszusammenarbeit patriarchale Strukturen und Diskriminierung erklären sollen, muss also im kolonialen Kontext verstanden werden.

Entwicklungspolitik weiter begreifen

Länder oder Menschen im Süden können nicht mit Begriffen wie „unterentwickelt“, „rückständig“ oder „ungebildet“ markiert werden, wissend, dass die Kolonialzeit und deren heute noch sichtbaren Strukturen für die ungleiche Verteilung von Wohlstand mit verantwortlich zeichnen. Die Ausbeutung von Textilarbeiter*innen in Südasien, von Kaffeeplantagenarbeiter*innen in Mittel- und Südamerika, von Arbeiter*innen in Kobalt-Minen in Afrika, die globalen Landvertreibungen durch transnationale Konzerne aus dem Norden oder Agrarexportsubventionen zu Lasten des Südens sind nur einige der vielen kolonialen Kontinuitäten. Zivilgesellschaftliche Akteur*innen in Ländern des Glo-

balen Südens und in Bangladesch leisten auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene starke Arbeit, wenn es darum geht, Rechte einzufordern und gegenüber ihren jeweiligen Regierungen und multilateralen Institutionen als Kontrollinstanz aufzutreten. Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern des Südens bedeutet die Spielregeln des globalen Zusammenseins zu ändern und beinhaltet das Verständnis, dass Armut kein isoliertes Problem der Menschen im Globalen Süden ist, dem ausschließlich mit Projekten zur Schaffung von Einkommen und zu Bildung begegnet werden kann.

Armutsbekämpfung in Bangladesch zu betreiben ist wichtig. Verarmungen durch Landvertreibung aufgrund von Großinvestitionen in Bangladesch, an denen auch ausländische Staaten und Privatunternehmen beteiligt sind, unterwandern jedoch regelmäßig Maßnahmen zur Armutsbekämpfung. An den globalen Machtstrukturen, die eine solche Praxis ermöglichen – und

Lakshmi Bai war Herrscherin von Jhansi in Nordindien und eine Anführerin des großen indischen Aufstands gegen die britische Kolonialherrschaft von 1857. Statuen von ihr stehen heute an vielen Orten Indiens, beispielsweise in Agra, Ahmedabad und – wie hier zu sehen – in Solapur. Sie wird in Liedern und Gedichten erwähnt.



Foto: Dharmadhyaksha, CC BY-SA 3.0

die auch weiterhin ursächlich für globale Armut sind – rütteln zu wenige. Hervorzuheben ist die wichtige Rolle und Relevanz von Plattformen wie dem Weltsozialforum sowie von international agierenden herrschafts- und globalisierungskritischen Bewegungen und Netzwerken.

Überprüfung und Weiterentwicklung eigener Strukturen

NETZ versteht sich als Organisation, die mit emanzipatorischen Ansätzen die Selbstbestimmung marginalisierter Bevölkerungsgruppen in Bangladesch unterstützt. Das bedeutet für NETZ, eine Partnerschaft zwischen Menschen und Gruppen in Deutschland und Bangladesch zu gestalten, die geprägt ist durch gleichberechtigten Dialog, Solidarität, Verantwortungsbewusstsein, Respekt und einer dezidierten Orientierung an den Rechten marginalisierter Bevölkerungsgruppen. Menschenrechts- und Entwicklungsprojekte werden von Partnerorganisationen unter Beteiligung der Bevölkerung vor Ort entwickelt und in gemeinsamer Verantwortung durchgeführt. Die Menschen in den Dörfern und Gemeinden partizipieren aktiv in der Projektvorbereitungs-, durchführungs- und Bewertungsphase. NETZ wirkt in allen Projektphasen unterstützend. Darstellungen von Bangladesch in der deutschsprachigen Öffentlichkeit oder gegenüber politischen Gesprächspartner*innen in Europa sollen dieses Partnerschaftsbewusstsein von NETZ reflektieren. Mit diesem Verständnis hat NETZ seine gegenwärtige Strategie für die Jahre 2016 bis 2021 in

einem partizipativen Prozess mit der Bevölkerung im Norden des Landes, lokalen Partner*innen und Akteur*innen der bangladeschischen Zivilgesellschaft erarbeitet.

NETZ ist sich bewusst, dass es im Rahmen der Projektzusammenarbeit mit Bangladesch in einem System agiert, das zum Teil koloniale Kontinuitäten reproduziert und dem eigenen Partnerschaftsverständnis entgegenläuft. Deshalb ist es für NETZ wichtig, keine Kooperation mit potentiellen Geldgeber*innen einzugehen, die die Selbstbestimmung lokaler Partner*innen oder der Bevölkerung einschränken. Als selbstreflektierende Organisation überprüft NETZ regelmäßig, ob sie ihren Ansprüchen gerecht wird. Im Rahmen der Sensibilisierung für koloniale Kontinuitäten bedeutet dies, zu überprüfen, inwieweit NETZ sich zum Beispiel im Rahmen der internationalen Finanzierung von Projekten in Bangladesch zu sehr an den entwicklungspolitischen Markt und dessen Machtstrukturen angepasst hat. Wurde gegebenenfalls zu sehr Vorgaben internationaler Geldgeber nachgekommen und haben dadurch Ideen und Initiativen aus Bangladesch unzureichend Eingang in Projekte gefunden? Zudem überprüft NETZ vor dem Hintergrund kolonialer Kontinuitäten, inwieweit verwendete Darstellungen von Bangladesch in Deutschland und Europa dem eigenen Partnerschaftsverständnis widersprechen und wie dem begegnet werden kann.

Das Bewusstsein für bestehende globale Machtstrukturen und deren historische Herleitung werden für NETZ verstärkt Bestandteil des Selbstverständnisses

sein, im Rahmen dessen Entwicklungszusammenarbeit betrieben wird. Dazu gehört, sich kontinuierlich globale Ungerechtigkeitsstrukturen und deren Auswirkungen auf Menschenrechte und Armut weltweit bewusst zu machen, sich zu positionieren und diese zu bekämpfen. Die weitere Auseinandersetzung mit und die Durchbrechung von kolonialen Kontinuitäten bei NETZ beinhaltet unter anderem die Weiterentwicklung des Partnerschaftsverständnisses entlang machtkritischer Richtlinien und die Überprüfung organisationsinterner Strukturen bezüglich der Zusammenarbeit mit den Mitarbeitenden im Bangladesch-Büro sowie mit Partner*innen und Menschen vor Ort. Dazu gehören auch die Überprüfung der Inhalte und Methoden mit denen entwicklungspolitische Bildungsarbeit in Deutschland geleistet, der Freiwilligendienst umgesetzt und der Dialog mit politischen Entscheidungsträger*innen in Europa geführt wird. Zudem gilt es, die Spendenwerbung und Öffentlichkeitsarbeit kontinuierlich auf koloniale Kontinuitäten hin zu überprüfen und entsprechend weiterzuentwickeln. Für alle Arbeitsbereiche ist die Verwendung rassistischer Darstellungen zentral, die keine kolonialen Strukturen und Stereotype reproduzieren.

Überprüfung von sprachlichen und bildlichen Darstellungen in allen Arbeitsbereichen

Da Menschen im Globalen Süden sowie Schwarze Menschen und People of Color, die im Globalen Norden leben, von der hiesigen *weißen* Mehrheitsgesellschaft

heute noch mit Vorurteilen und Rassismen diskriminiert werden, ist es Aufgabe von Organisationen wie NETZ, mit Bildern und Sprache solche Stereotype nicht zu bedienen. Häufig werden Menschen aus dem Globalen Süden sowie Schwarze Menschen und People of Color mit rassistischen Zuschreibungen markiert, die ihren Ursprung in der Kolonialzeit haben. Die Stigmatisierung der Menschen im Süden als „unzivilisiert“, „uneigenständig“ oder „ungebildet“ diente den Kolonialmächten als Legitimation, Menschen zu „zivilisieren“ und zu „bilden“ und Gesellschaften derart zu verändern, dass diese beherrschbar waren und den eigenen Politik- und Wirtschaftsinteressen dienten. Die erzeugte „Andersartigkeit“ der Menschen in den Ländern des Südens fungierte als Begründung für koloniale Fremdherrschaften.

Das Bild der „ungebildeten“ und nicht unseren Vorstellungen von „entwickelt“ entsprechenden Menschen aus dem Süden ist als koloniale Kontinuität in Gesellschaften des Globalen Nordens stark verankert. Auch Entwicklungsorganisationen greifen auf diese Bilder zurück, um Menschen dazu zu bringen, für die „unterentwickelten“ Projektteilnehmenden zu spenden. Ein kaum erträgliches Spannungsfeld für Organisationen wie NETZ, mit Sprache und Bildern für Engagement und Spenden zu werben, um Menschen in Bangladesch zu unterstützen, damit aber gleichzeitig Gefahr zu laufen, kolonial-rassistische Machtstrukturen zu reproduzieren und somit Vorurteile in deutschsprachigen Gesellschaften zu perpetuieren.

NETZ befindet sich daher in einem Prozess in allen Arbeitsbereichen auf solche Darstellungen zu verzichten. Dies ist nicht einfach, denn wann ist beispielsweise eine Darstellung von Lebenssituationen in Bangladesch etwas rein Deskriptives und als Information für Interessierte relevant und wann ist es eine Reproduktion kolonialer Bilder? Ist es deskriptiv, die Häuser von Menschen in Bangladesch als Hütten zu benennen, in den Frauen auf Lehmböden sitzen? Und inwieweit kann dies bei den Lesenden dazu beitragen, stereotype Bilder von Bangladesch zu bestätigen? Bilder von einem Land, das „rückständig“ und „unterentwickelt“ ist, obwohl die Hütte und der Lehmbooden in Bangladesch nicht notwendigerweise Armut bedeuten, sondern Bestandteil der gewöhnlichen Infrastruktur sind. In der *weißen* Mehrheitsgesellschaft ist der Impuls verbreitet, die Hütte und den Lehmbooden mit Häusern und gefliesten oder mit Teppich bedeckten Böden zu vergleichen und somit die eigene Lebenssituation als Norm und als „entwickelt“ zu begreifen. Wertende Gegenüberstellungen sollten jedoch vermieden werden. Das heißt Menschen in Bangladesch oder deren Lebensverhältnisse sollten nicht als „anders“ im oben genannten Sinne oder in ihrer Kultur verhaftet beschrieben und somit eine Abgrenzung zum „modernen“, „entwickelten“, „wissenden“ oder „kultierten“ Dasein des Globalen Nordens geschaffen werden. Es klingt selbstverständlich, sich nicht wertend und hierarchisierend gegenüber Menschen in Bangladesch positionieren zu wollen. Doch gibt es in der Entwicklungszusammenarbeit unzählige Bilder, die *weiße* Mitarbeitende oder

Projektbesucher*innen agierend und erklärend im Zentrum eines Fotos zeigen, umringt von passiven Projektteilnehmenden und die somit genau oben genannte Gegenüberstellung und ein Abhängigkeitsverhältnis suggerieren, das an die Kolonialzeit erinnert.

Weitere Schritte

Es ist ein wichtiges Anliegen von NETZ, sich weiter selbstkritisch in einem kontinuierlichen Reflexionsprozess mit diesen Themen zu beschäftigen, zum Beispiel in Fortbildungen und Arbeitstreffen. Dieser Prozess soll auch öffentlich vermittelt werden, unter anderem mit Blick darauf, welche Dinge warum geändert werden. Die politische Positionierung von NETZ, die Außendarstellungen und die Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen und Menschen in Bangladesch sollen künftig die Sensibilisierung von NETZ zu diesem Thema noch deutlicher widerspiegeln. Wir laden alle ein, Teil des Prozesses zu sein und diesen mit Ideen und Anregungen zu bereichern.



Dirk Saam ist Leiter
Politischer Dialog bei NETZ.

Unsere ständigen Begleiter

Koloniale Kontinuitäten in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit

Von Lena Boeck

Der Arbeitskreis (AK) Bildung von NETZ beschäftigt sich bereits seit längerer Zeit aktiv mit dem Thema Koloniale Kontinuitäten in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit und im Globalen Lernen. Dieser Artikel beschreibt diesen Prozess und verweist auf koloniale Spuren als ständige Begleiter der Bildungsarbeit in Deutschland.

Bangladesch erleben: an exotischen Gewürzen schnuppern, einmal einen bunten Sari an-

probieren und Schriftzeichen der fremdartigen Sprache Bengalisches nachzeichnen – so konnte noch vor ein paar Jahren eine Bildungsveranstaltung von NETZ aussehen. Die Zielsetzung: Kindern das aufregende Bangladesch auf lebendige Weise vermitteln und ihnen mit allen Sinnen einen Einblick in das asiatische Land geben, welches tausende Kilometer weit weg so unerreichbar scheint. Ein bisschen Bangladesch nach Deutschland holen,

und Empathie sowie Verständnis für Menschen in Bangladesch schaffen. Oftmals nicht offensichtlich getrennt von einer Bitte nach Spenden für NETZ.

Der AK Bildung will weg von dieser Art von Veranstaltungen und weg von einer rein auf Bangladesch zentrierten Bildungsarbeit. Aber wieso? Viele Menschen würden sagen, dass es die Aufgabe eines gemeinnützigen Vereins ist, die Kultur des Landes, mit dem er



Foto: Florian Albrecht

Teilnehmende der Bangladesch-Tagung von NETZ im Juni 2018 zum Thema „Positionen und Perspektiven von NETZ: Koloniale Spuren und gemeinsame Visionen“.

eng zusammenarbeitet, zu schätzen und somit an Menschen in Deutschland weiterzugeben. Diese Perspektive ist wohl auch die Grundlage für Veranstaltungen, wie sie weiter oben beschrieben wurden. Als Mitglieder des AK Bildung sehen wir die Art, in der diese Inhalte vermittelt werden und die Gruppe, die sie vermittelt, als Problem an und möchten dies daher transformieren. Dabei stehen für uns zwei Fragen besonders im Mittelpunkt.

Erstens: Sind wir und sehen wir uns in der Rolle als „Expert*innen“ für Bangladesch, um vor Menschen über das Land, die bangladeschische Gesellschaft und ihre Herausforderungen zu berichten, wo doch die meisten von uns keinen kulturellen Bangladesch-Hintergrund haben und selbst keine Bangladeschi sind?

Und zweitens: Wollen beziehungsweise sollten wir Bangladesch in unserer Bildungsarbeit weiterhin als Zentrum betrachten und ist dieser Fokus unserem Ziel zuträglich, globale Ungerechtigkeitsstrukturen zu benennen und zu verändern?

Zur Beantwortung der ersten Frage kann das bisherige Engagement von zurückgekehrten Freiwilligen im AK Bildung beispielhaft stehen. Nach ihrer Rückkehr nach Deutschland steht es Freiwilligen frei, sich im AK zu engagieren. Wenn sie sich aktiv einbringen und Bildungsveranstaltungen durchführen, wird von vielen Aktionsgruppen gewünscht, dass sie von ihrem Aufenthalt in Asien und dem Land Bangladesch berichten: authentische Erzählungen von Menschen, die das Land ein Jahr lang kennenlernen durften. Anhand

von Bildern und Geschichten zeichnen die Vortragenden ein Bild von Bangladesch, das eventuell das einzige Bild sein und bleiben kann, welches die Zuhörenden in ihrem Leben je erhalten. Die Darstellung durch die referierende Person kann noch so reflektiert und objektiv sein: sie bleibt die Darstellung einer *weißen* Person aus Deutschland, die in Bangladesch lediglich zu Gast war. Die zwar einen Einblick in die Kultur des Landes erhalten hat, aber keineswegs für sie stehen kann. Die zwar „über“ die Menschen dort sprechen kann, aber keinesfalls „für“ sie sprechen kann und sollte.

Häufig sprechen im Zusammenhang der Entwicklungszusammenarbeit Menschen aus dem Globalen Norden über den Globalen Süden. Menschen im Globalen Süden wurden in unserer Bildungsarbeit häufig nicht als Subjekte, die aktiv für sich selbst sprechen, sondern vielmehr als Objekte dargestellt, über die gesprochen wird. Wir vermitteln ein Bild von Bangladesch, das durch unsere Sozialisierung geprägt ist und bewerten die bangladeschische Gesellschaft mit unseren häufig kolonial geprägten Vorstellungen von Bildung, Armut, Entwicklung oder Familie. Auch in Publikationen für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit von NETZ lässt sich diese koloniale Kontinuität finden, beispielweise im Bildungsheft „Denken, Fühlen, Handeln“. Dort steht auf Seite 16: „Fordern Sie die Teilnehmenden auf, ihre Assoziation zu Armut auf Kärtchen zu schreiben. Geben Sie zum Beispiel die konkrete Anweisung, den Satz ‚Arm sein bedeutet...‘ zu vervollständigen“.

Natürlich assoziieren die Teilnehmenden der Veranstaltung Attribute und Zusammenhänge von und mit Armut, die sich durch ihre Sozialisation in Deutschland in ihren Köpfen verfestigt haben. Diese werden folglich Menschen aus Bangladesch, die an der Armutsgrenze leben, zugeschrieben.

Genau diese vorherrschenden Strukturen werden aus unserer Sicht durch die bisherige Bildungsarbeit weitergeführt. Die referierende Person steht als Berichterstatterin und „Kulturexpert*in“ vor den Zuhörenden. Sie beantwortet die Fragen aus dem Publikum und zeichnet ein Bild von Bangladesch, das durch ihre Sozialisierung im Globalen Norden beeinflusst und zugleich unterbewusst bewertet wird. In diesem Moment gibt es häufig keinen Menschen, der dieses Bild als Bangladeschi korrigieren oder aus der eigenen Sicht beeinflussen und erweitern könnte. In vielen Veranstaltungen wird somit über Bangladesch gesprochen, ohne dass mit Menschen aus Bangladesch gesprochen wird. Eine enorme Verantwortung, die von ehemaligen Freiwilligen oder jedem anderen, deutschen, *weißen* Mitglied des AK Bildung nicht übernommen werden kann.

Zusammenhängend damit kann auch die zweite Frage beantwortet werden: Aus unserer Sicht sollte Bangladesch nicht der zentrale Inhalt unserer Bildungsarbeit in Deutschland sein. Wie bereits ausgeführt, sehen wir uns keineswegs in der Rolle, die Verantwortung tragen zu können, ein stereotypfreies Bild von Bangladesch zu vermitteln. Hinzu kommt außerdem, dass wir die

Auswirkungen von Bangladesch als Aufhänger für jegliche Bildungsveranstaltung von NETZ als sehr bedenklich ansehen.

Auf der einen Seite besteht die große Gefahr, dass Bangladesch stetig als Negativbeispiel besetzt wird. Thematiken wie Auswirkungen des Klimawandels, Strukturen von Armut oder Arbeitsbedingungen in Ländern des Globalen Südens können am Beispiel Bangladesch erläutert werden, werfen aber durch die Art der Darstellung ein einseitig negatives Licht auf das Land. Die Zuhörenden beschäftigen sich so mit diesen Themen und assoziieren sie anschließend mit Bangladesch. Und assoziieren Bangladesch umgekehrt dann gleichzeitig auch direkt mit diesen Themen.

Möchte man im Gegensatz dazu Eindrücke eines kulturell vielfältigen Bangladeschs vermitteln, besteht die Gefahr der Exotisierung des Landes: ein Bild von Bangladesch als buntes, lebens-

freudiges, aber dennoch armes, „unterentwickeltes“ Land. Durch den Fokus auf Tanz, Musik, Kleidung und „exotische“ Gewürze und die Nichtbeachtung etwa von Wissenschaft, Politik und Demokratie wird das stereotype Bild einer bangladeschischen Gesellschaft als „ursprünglich“, „traditionsreich“ und „rückständig“ unterbewusst unterstützt. Gleichzeitig entsteht dabei, ebenfalls meist unterbewusst, eine Differenzierung zwischen uns, dem Bekannten und „den Anderen“, „den Fremden“, deren „exotische Kultur“ wir kennenlernen – und die wir als homogene Gruppe ohne individuelle Ausprägungen darstellen. Es wäre undenkbar für uns, Deutschland als ein Land darzustellen, in dem alle Menschen Volkstänze aufführen, Tracht tragen und Schweinebraten essen.

Eine Veranstaltung, die sich ausschließlich mit dem Land Bangladesch beschäftigt, ist gefüllt mit dieser „Fremde“ und kann so Nährboden für Vorurteile und

Stereotype, für Rassismus werden. Selbst wenn die referierende Person diese Assoziationen nicht an- oder ausspricht, können bestimmte Bilder in den Köpfen der Teilnehmenden nicht verhindert oder nachträglich beeinflusst werden. Im AK ist es uns wichtig, vorherrschende, einseitige und falsche Bilder über Bangladesch als „exotisches“, „ländliches“ oder „weniger entwickeltes“ Land nicht zu manifestieren.

Gleichzeitig versperrt der Fokus auf Bangladesch und das Kennenlernen der bangladeschischen Gesellschaft und „bengalischen Kultur“ den Blick auf das, was als ausgesprochenes Ziel der Bildungsarbeit des AK gilt: globale Ungerechtigkeitsstrukturen zu benennen und zu transformieren. Durch den Blick auf Menschen im Globalen Süden wenden wir den Blick von uns, dem Globalen Norden, ab. Die Ursachen globaler Ungerechtigkeitsstrukturen, die häufig im Globalen Norden zu finden sind, werden so durch einen einseitigen Fokus auf Bangla-



Workshop des AK Bildung im November 2016 zu den Themen Postkolonialismus und Antirassismus mit Tahir Della (im Hintergrund stehend) vom Berliner Verein Glokäl.

desch vernachlässigt und wenden den Blick insbesondere davon ab, wie wir tagtäglich von globalen Machtstrukturen profitieren.

Doch wenn wir all das nicht mehr tun wollen, was kann der AK Bildung überhaupt noch machen? Seit mehreren Jahren arbeiten wir nun daran, den Schwerpunkt unserer Arbeit zu verschieben und neue Methoden zu entwickeln. Dabei haben wir uns Unterstützung durch externe Referent*innen und andere Aktive geholt: ein Seminarwochenende mit dem Verein Glokal gab uns unter anderem neue Denkanstöße. In Zukunft möchten wir den Hauptfokus unserer Bildungsarbeit weiter weg von Bangladesch, hin zu politischen Themen verschieben. Dabei möchten wir einen weiteren Schwerpunkt auf den Kompetenzerwerb der Teilnehmenden legen, statt auf reine Informationen über das Land Bangladesch.

Ein erstes Ergebnis dieser Überlegungen ist die Anwendung der Methode „Through Other Eyes“. Diese beschäftigt sich mit einem zunächst abstrakten Begriff wie Bildung oder Armut und bietet

den Teilnehmenden auf unterschiedlichste Weisen eine Annäherung an diesen Begriff. Durch Definitionen, Gedankenspiele und Metaphern werden die Bandbreite und die Auslegungsmöglichkeiten der einzelnen Begriffe verdeutlicht und die häufig verwendeten, jedoch abstrakten Begriffe, mit Leben gefüllt. Die Person, die den Prozess der Methode durchläuft, kann auf diese Art und Weise Kompetenzen des kritischen Lesens und der Selbstreflexion erwerben. Die Methode setzt an der strukturellen Ebene an und bietet so die Möglichkeit, das Erlernte auf viele Bereiche anzuwenden, ohne inhaltlich an einem konkreten Land oder bestimmten Teil der Welt anzusetzen.

Neben den Veränderungen im Aufbau und des Inhalts der von uns geplanten und durchgeführten Veranstaltungen arbeiten wir zudem daran, den AK Bildung nach außen weiter zu öffnen. So sollen auch vermehrt Menschen, die gerne in der Bildungsarbeit aktiv sein möchten, aber vielleicht keinen Freiwilligendienst mit NETZ gemacht haben, die Möglichkeit bekommen, mit uns

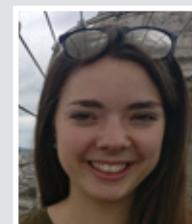
aktiv zu werden. Davon erhoffen wir uns neue, wertvolle Sichtweisen auf unsere Arbeit. Außerdem scheint uns diese Herangehensweise sinnvoll – besonders, wenn wir unseren Hauptschwerpunkt von Bangladesch weg verschieben wollen und es folglich keine Voraussetzung sein sollte, bereits eine Zeit lang in Bangladesch gelebt haben.

Selbstverständlich sind diese aktuellen Entwicklungen im AK Bildung als Teil eines Prozesses zu sehen. Dieser hat bereits vor vielen Jahren begonnen und wurde in den letzten beiden Jahren immer präsenter. Wichtig festzuhalten ist: er wird wohl nie zu Ende sein. Im Jahr 2018 besteht weltweit noch immer ein deutliches Machtgefälle von Nord nach Süd. Diesem sind wir uns als Mitglieder im AK Bildung bewusst. Mit unserer Arbeit möchten wir darauf aufmerksam machen sowie entschieden und bewusst im Gegensatz dazu handeln. Koloniale Kontinuitäten müssen mitgedacht werden, da sie uns allen im Alltag begegnen. Wie sie, sollte auch unsere kritische Auseinandersetzung damit unsere ständigen Begleiter sein.

Die entwicklungspolitische Bildungsarbeit von NETZ wird gestaltet durch

- Ehrenamtliche in Schulen, Kirchengemeinden und Weltläden,
- die Hauptamtlichen der Organisation sowie
- die Mitglieder des AK Bildung.

Der AK ist ein Zusammenschluss aus Personen, die an der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit interessiert sind. Sie engagieren sich als Referent*innen in Bildungsveranstaltungen, erarbeiten neue Materialien und entwickeln Konzepte mit, die auf der NETZ-Homepage zugänglich sind.



Lena Boeck studiert Literatur, Kultur, Medien an der Universität Siegen und ist Mitglied im NETZ-Vorstand sowie im AK Bildung.

„Geht zu den Menschen. Dort ist die Lösung.“

Notizen eines Praktikers zum postkolonialen Diskurs

Von Peter Dietzel

Koloniale Kontinuitäten dominieren die internationale Entwicklungszusammenarbeit. Schaut man auf die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen, wird das Bild komplexer. Dem Betrachter offenbart sich auch ein Reichtum an Organisationen, die ihre Wurzeln in antikolonialen Befreiungsbewegungen haben, an Innovationen, die im Süden entstanden sind, und an Projekten, die – allen Repressionen zum Trotz – die Menschenrechte hochhalten.

In der Zivilgesellschaft Bangladeschs gibt es zum Beispiel Entwicklungsansätze, die auf dortige Widerstandsbewegungen gegen das britische Empire zurückgehen. Viele bangladeschische nichtstaatliche Organisationen, die nach 1971 gegründet wurden, entstanden aus Initiativen der Bevölkerung, in denen der Traum der Unabhängigkeit von besseren, gerechten Lebensbedingungen für alle Menschen weiterlebte. Wieder andere NGOs zeichnen sich dadurch aus, dass sie die emanzipatorische Selbstbestimmung besonders benachteiligter Gruppen stärken.

In Deutschland gibt es zum Beispiel Entwicklungsorganisationen, die aus zivilgesellschaftlichen Bewegungen hervorgegangen sind, welche gegen die wirtschaftliche Ausbeutung des Südens und die politische Einflussnahme des Nordens

in diesen Ländern protestierten. Andere Organisationen haben ihre Wurzeln in religiösen Gemeinschaften, für die die Gleichheit aller Menschen ein leitendes Prinzip ist und politische Forderungen einer gerechteren Reichtumsverteilung einschließt. Wieder andere entstanden aus Solidarität mit Befreiungsbewegungen in Ländern des Südens. In den meisten nichtstaatlichen Entwicklungsorganisationen besteht ein Konsens darüber, dass das westliche Entwicklungsmodell mit seinem gigantischen Ressourcenverbrauch überwunden werden soll. Viele Aktive schätzen und achten die Lebensweisen und Kulturen des Südens und ihren Reichtum, lassen sich davon in Frage stellen, herausfordern und zu gesellschaftspolitischem Engagement motivieren.

Zwischen Anpassung und Selbstbehauptung

Manche bangladeschische NGO, die ihre Ursprünge in einer südasiatischen Befreiungsbewegung hat, folgt heute Entwicklungskonzepten, die eher von Profitinteresse angetrieben zu sein scheinen als von ihrem Ursprungsgeist. Oft liegt dies darin begründet, dass sie der Forderung des Nordens entsprechen, finanziell unabhängig zu werden. Andere, die von ausländischen

Hilfswerken gegründet wurden, fördern politische Bewusstseinsbildung und unterstützen indigene Gemeinden dabei, ihr Recht auf politische Mitbestimmung einzufordern. Viele NGOs agieren im Mittelfeld. Manche davon verfolgen die Strategie, sich durch wirtschaftsorientierte Projekte eine gewisse Größe und Bedeutung in ihrer Arbeitsregion zu erhalten, um auch massivem politischen Druck standhalten zu können, wenn sie auf der Seite der Ärmsten gegen Menschenrechtsverletzungen einschreiten. Nicht wenige NGOs greifen undogmatisch das Beste aus Erfahrungen des Südens und des Nordens auf und integrieren dies in ihren Konzepten. Größte Herausforderung für NGOs ist die Agenda der internationalen wie staatlichen Entwicklungspolitik, die der Integration des Südens in globale Beschaffungs- und Absatzmärkte höchste Priorität einräumt oder vorwiegend technokratische Lösungen propagiert. Fördermittel für menschliche und gesellschaftliche Entwicklung, für Empowerment mit all ihren kulturellen, politischen, spirituellen und ökologischen Dimensionen, sind rar. Jede NGO, die an den Machtstrukturen als Ursache von Armut und Analphabetismus rütteln will, investiert viel Kreativität und Herzblut, um dafür Mittel zu mobilisieren.

Gewaltfreie Traditionen

Die Sensibilisierung, die aktuell durch antirassistische und postkoloniale Trainings stattfindet, führt dazu, dass zivilgesellschaftliche Akteure wieder verstärkt ihre politische Vision reflektieren. Wertvolle Anregungen bietet dabei die Auseinandersetzung mit dem gewaltfreien Widerstand gegen den Kolonialismus:

- Diese Beschäftigung ebnet einer unmittelbaren Wertschätzung der Leistungen von Menschen aus dem Süden den Weg, die sie im Kampf für ihre Menschenrechte, Freiheit und Selbstbestimmung erbracht haben und erbringen.
- Die Auseinandersetzung eröffnet ein Gespür dafür, dass auch die Kolonialmächte vom Kolonialismus befreit wurden, dass es um die Befreiung aller von der Gewalt-Ideologie und von den Spuren des Kolonialismus geht.
- Gewaltfreier Widerstand thematisiert stets den Umgang mit Macht, mit der eigenen wie der des politischen Gegners, und sucht Mittel, Machtasymmetrien zu transformieren.
- Die dokumentierten Erfahrungen der Akteurinnen und Akteure im Widerstand bieten vielfältige Anregungen für politische Aktionen wie für neue Rollenmodelle.
- Die Besinnung auf gewaltfreie Traditionen weckt ein tieferes Verständnis der Freiheit des Geistes und des Wortes.
- Das Andocken an Erfahrungen des Widerstandes mobilisiert Kräfte. Es eröffnet den Zugang zu neuen Denkmustern. So finden entwicklungspolitische Akteure leichter und fast beiläufig die Ressource, die sie

Zur Lösung ihrer komplexen Aufgaben brauchen.

- Die Auseinandersetzung mit gewaltfreien Formen des Widerstands gegen Kolonialismus beinhaltet auch vitale Anregungen, was wir für ein gutes Leben alles nicht benötigen, und was sozial, materiell und geistig für uns essentiell ist.

Das Mandat von NETZ

Eine kleine Gruppe von Menschen aus Deutschland, die am entwicklungspolitischen Lerndienst oder an Besuchsprogrammen in Bangladesch teilgenommen hatten, gründete 1989 den Verein NETZ. „Wenn ihr gekommen seid, um zu helfen, dann setzt euch ins nächste Flugzeug und geht nach Hause zurück. Wenn ihr gekommen seid, Solidarität zu lernen, dann bleibt“, waren sinngemäß – und manchmal auch wörtlich von bangladeschischen Partnern artikuliert – die Leitlinien für den Freiwilligendienst und die Bangladesch-Besuche. Darauf basierte das Mandat von NETZ: zivilgesellschaftliche Akteure in Bangladesch baten Freunde in Deutschland um Unterstützung in ihrem gewaltfreien Kampf gegen die strukturellen Ursachen von Armut. Heute werden die Anfragen und Erfahrungen der Zivilgesellschaft in Bangladesch vor allem durch bangladeschische NETZ-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in strategische Entscheidungen und Projektkonzeptionen von NETZ eingebracht.

Die Menschen in jedem Slum, in jedem Dorf Bangladeschs, in jeder benachteiligten Bevölkerungsgruppe, leisten alltäglichen Widerstand gegen Aus-

beutung und Unterdrückung. Er kann innerlich sein oder offenkundig, legal oder illegal, spontan oder organisiert. Er kann sich darin äußern, gegen unfaire Bezahlung lautstark aufzubegehren, aus den Vorräten des arbeitgebenden Landwirts ein Kilo Reis zu entwenden, als misshandelte Frau den Ehemann zu verlassen. Oder er zeigt sich darin, mit anderen Dorfbewohnern einen Gerichtsprozess gegen die einflussreiche Familie anzustreben, die sich mit Unterstützung eines bezahlten Schlägertrupps den Dorfteil unter den Nagel gerissen hat. Alle Menschen verfügen über Bewältigungsstrategien, wie sie in Armut und Not überleben. Sie sind vielfältig und spannend, sie können darin bestehen, eine Kuh zu pachten, wenn man sich eine eigene nicht leisten kann, zeitweise das Heimatdorf zu verlassen und in der Stadt Riksha zu fahren, die Hoffnung und alle Ersparnisse auf die Schulbildung der Kinder zu setzen, und so weiter. Dieser alltägliche Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung, die Überlebensstrategien, die Kraft und das soziale Kapital, die darin liegen, interessieren NETZ. Die Entwicklungsprojekte nehmen konstruktive Elemente dieser Strategien auf, um sie zu nutzen, zu systematisieren, effektiv zu verstärken und Unrecht zu wenden.

Paul Charua Tigga (1943-2011) war einer der Initiatoren der Partnerschaft zwischen Menschen in Bangladesch und Deutschland, aus der NETZ hervorging. Als Führungspersönlichkeit in NGOs in Bangladesch leitete er viele junge Menschen an, die in Entwicklungsprojekten arbeiteten. Wenn die Diskussionen nicht enden wollten, wie denn diese oder



Foto: Peter Dietzel

Welches Bild bildet soziale Realität ab? Welche Bilder haben die Kraft zur Kritik an der Gesellschaft? Was vermitteln sie über die Ursachen von Reichtum und Armut? Mitglieder einer Hindu-Gemeinschaft im Süden Bangladeschs haben darum gebeten, ein Bild von ihrem Tempel zu machen. Sie hätten keine Ressourcen mehr, ihn zu erhalten. In ihrer Region werden auf ehemals fruchtbaren Reisfeldern tonnenweise Krabben für den Export gezüchtet.

jene Komponente der Projekte gestaltet und umgesetzt werden soll, sagte er: „Geht zu den Menschen. Dort ist die Lösung.“ Unweigerlich hatte dies für Mitarbeiterinnen und deutsche Freiwillige zur Folge, eigene Annahmen und Einstellungen infrage zu stellen, die Welt mit den Augen der Ärmsten zu sehen, sich ihre Perspektive zu verinnerlichen, zumindest partiell. Diese Haltung, dass die Essenz der Ideen und Bedürfnisse der Bevölkerung entscheidend ist für die Gestaltung von Entwicklungsaktivitäten, ist NETZ eigen.

NETZ nimmt erfreut die finanzielle Unterstützung von Institutionen entgegen, mit denen es die Emanzipation der Menschen und die Transformation von Unrechtsverhältnissen unterstützen kann. Keine Zuschüsse nimmt die Organisation von internationalen Institutionen an, die offenkundig in die Innenpolitik Bangladeschs eingreifen. Entwicklungsprojekte von NETZ und seinen Partnern thematisie-

ren Machtstrukturen als Ursache von Armut und Unrecht. Auch im Dialog mit Förderinstitutionen, die eher technokratische Lösungen zu Überwindung von Armut bevorzugen, behält NETZ diese Ausrichtung und nimmt unter Umständen in Kauf, dass eine Projektförderung abgelehnt wird. Kritische Analysen und konstruktive Vorschläge, die im Rahmen einer Projektumsetzung eingebracht werden, heißen die lokalen Partner und NETZ willkommen. Doch einer direktiven Einmischung durch Förderinstitutionen widersetzen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Als Mitglied des Verbandes Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe (VENRO) tritt NETZ dafür ein, dass NGOs das Vorschlagsrecht für Projekte haben und dies durch das deutsche Entwicklungsministerium nicht eingeschränkt wird.

Postkoloniale Sichtweisen

Die Diskussion postkolonialer Sichtweisen eröffnet NETZ die

Chance, versteckte Rassismen aufzudecken. Mitarbeitende reflektieren unter anderem stärker, wer spricht, wer als handelnde Person dargestellt ist, wie interne Entscheidungsprozesse ablaufen, und thematisieren verstärkt politische Handlungsmöglichkeiten. Der große Fundus an Erfahrungen innerhalb der Organisation bietet viele Anknüpfungspunkte. Das Engagement vieler ehren- und hauptamtlich Aktiver in Deutschland beruht auf einer Wertschätzung der vielfältigen, dynamischen Kulturen Bangladeschs. Manche stellen durch die Konfrontation mit dem Land ihre Privilegien infrage, andere setzen Anregungen, die sie aus Entwicklungsprojekten in Bangladesch mitgenommen haben, in Deutschland um. NETZ setzt Stereotypen ein vielseitiges Bangladesch-Bild entgegen, durch Vorträge, Veröffentlichung bangladeschischer Literatur, die Präsentation zeitgenössischer Kunst, eine differenzierte Information über die Gesellschaft und die Motivierung von Menschen,

sich langfristig mit dem Land zu beschäftigen. Die selbstkritische Reflexion, welche der postkoloniale Diskurs auslöst, liefert wertvolle Anregungen für dieses vielfältige Engagement.

Die entwicklungspolitische Bildung von NETZ in Deutschland hat das Ziel, für Unrecht zu sensibilisieren, Ursachen zu benennen, Auswirkungen aufzuzeigen, Empathie anzuregen, zu Solidarität zu ermutigen. Sie bezieht Emotionen und Intellekt ein, Körper und Seele, Aktion und Reflexion. Bestandteil dieses Lernens ist es, Stereotype aufzudecken und unterschiedliche Perspektiven anzubieten. Der postkoloniale Diskurs hat zur Folge, dass die Bildungsarbeit stärker reflektiert, welches Wissen sie verwendet und wer dieses vermittelt. Künftig wird sie noch stärker Widersprüche der Entwicklungszusammenarbeit und eurozentrische Muster, die dem Denken des Kolonialismus zuzuordnen sind, benennen.

Mitfreude und Mitleid sind wertvoll. Sie sind eine evolutionsgeschichtliche Errungenschaft. Nichts ist dagegen einzuwenden, einem Mitmenschen aus Mitgefühl zu helfen, ganz gleich, ob er im selben Haus wohnt oder in einem entfernten Land. Für den Empfänger der Hilfe macht es einen Unterschied, ob dies in einer Haltung als Wohltäter geschieht, auf Augenhöhe oder aus einer Überzeugung materiellen Umverteilens – und für die Geberin auch. Einstellungen sind wandelbar. Neue Perspektiven gewinnt man häufig dadurch, dass man sich auf Begegnungen einlässt. NETZ lädt dazu ein. Zum Beispiel kommen jedes Jahr Vertreterinnen der Zivilgesellschaft Bangladeschs nach Deutschland, um in

Vorträgen und persönlichen Gesprächen über ihre Erfahrungen und Perspektiven zu berichten. In den vergangenen Jahren waren auch Vertreterinnen aus Entwicklungsprojekten darunter. Alle Interessierten sind zu den Gesprächen eingeladen. Eine größere Sensibilisierung für Kolonialgeschichten und ihre aktuellen Fortschreibungen werden diese Begegnungen bereichern.

Elend in Miniaturform

Die Ungleichheit zwischen Arm und Reich hat sich in den letzten Jahrzehnten massiv verschärft. Die sprachliche und bildliche Sensibilisierung durch die postkoloniale Kritik verläuft parallel zur Brutalisierung der ökonomischen und politischen Verhältnisse. Wie soll mit dem Spannungsfeld umgegangen werden? Die Gefahr besteht zumindest, dass globale Probleme nur in Miniaturform dargestellt werden. Im Diskurs über koloniale Kontinuitäten wird oftmals die Darstellung von Leid als skandalös empfunden und kritisiert, nicht mehr das Leid und die ursächliche Gewalt selbst. Die Diskussion wandert auf die Ebene der Benennung. Dadurch können Probleme entpolitisiert werden. Mütter, die ihre Kinder hungrig zu Bett bringen, Jungs, die arbeiten gehen statt in die Schule, und indigene Gruppen, deren Häuser angezündet werden, haben anderen Sorgen – und ihr Recht, dass diese adressiert werden. Die scheinbare Brutalität der Darstellung dieser Gewalt kann durchaus warmerherzigen Respekt gegenüber den betroffenen Menschen zum Ausdruck bringen, auf einer fundierten Analyse der Ursachen fußen und auf kolonialgeschichtlichem Bewusstsein. Dass jeder Mensch

ein Recht auf eine würdevolle Darstellung hat, dürfte Konsens für alle Akteure der Entwicklungszusammenarbeit sein. Wie werden NGOs dies künftig definieren und umsetzen? Hier eröffnen sich neue Räume für Kreativität in der Gestaltung der Öffentlichkeitsarbeit.

Lernen und Handeln

Die Analyse einer Entwicklungsorganisation, welche kolonialen Spuren in ihr wirken, verläuft kontrovers und ist mitunter schmerzhaft. Doch auch hier gilt: was einfach zu haben ist, ist meist nicht viel wert. Die Veränderungen, die die Diskussionen innerhalb von NETZ auslösen, verlaufen in einem Prozess aus Reflexion und Aktion. Der Verein ergreift die Chance der postkolonialen Sensibilisierung, blinde Flecken in seiner Arbeit anzuschauen. Umgekehrt kann auch für die postkoloniale Bewegung eine Chance in der Auseinandersetzung mit NGOs wie NETZ liegen, die sich dezidiert an den Rechten marginalisierter Gruppen orientieren.



Peter Dietzel ist gelernter Schreiner, seit 40 Jahren entwicklungspolitisch in der Partnerschaft zwischen Bangladesch und Deutschland aktiv und Geschäftsführer von NETZ.

Meldungen aus Bangladesch

Satellit im All

Seit dem 11. Mai 2018 befindet sich Bangabandhu-1, der erste bangladeschische Satellit, im Weltraum. Eine Rakete des US-amerikanischen Raumfahrtunternehmens SpaceX brachte ihn vom Kennedy-Weltraumzentrum in Florida in die Erdumlaufbahn. Der Satellit soll Bangladesch und weitere asiatische Länder mit Telekommunikationsdienstleistungen versorgen. Gebaut wurde er vom französischen Raumfahrtunternehmen Thales Alenia Space. Benannt ist der Satellit nach dem Ehrennamen Sheikh Mujibur Rahmans, dem ersten Premierminister Bangladeschs.

Protestwelle

Landesweit protestierten seit Ende Juli 2018 zehntausende Schüler*innen tagelang für mehr Verkehrssicherheit. Den Protesten vorausgegangen war ein schwerer Verkehrsunfall am 29. Juli 2018 in Dhaka, bei dem ein Bus zwei Schulkinder getötet und mehrere schwer verletzt hatte. Bei ihrem Protest bildeten die Schüler*innen auch Menschenketten auf vielbefahrenen Straßen und errichteten Straßensperren, an denen sie Fahrausweise kontrollierten. Angaben nichtstaatlicher Organisationen zufolge starben allein im letzten Jahr über 7.300 Menschen bei Verkehrsunfällen in Bangladesch. Premierministerin Sheikh Hasina kündigte Anfang August an, dass ein neues Gesetz zur Verkehrs-

sicherheit in Vorbereitung sei. Im Verlauf der Proteste kam es zur Beteiligung weiterer Interessengruppen, die die öffentliche Aufmerksamkeit für ihre politischen Forderungen nutzen wollten. Dabei kam es vor allem in Dhaka wiederholt zu gewaltvollen Auseinandersetzungen, insbesondere zwischen Student*innen, Anhänger*innen politischer Parteien und den Sicherheitskräften. Wiederholt wurden Medienvertreter*innen während ihrer Berichterstattung attackiert und mehrere von ihnen verletzt.

Shahidul Alam inhaftiert

Der renommierte bangladeschische Fotograf, Kurator und Aktivist Shahidul Alam befindet sich seit dem 5. August 2018 in Polizeigewahrsam. Ihm wird von staatlicher Seite vorgeworfen, im Rahmen eines Fernsehinterviews und diverser Veröffentlichungen über soziale Netzwerke Falschinformationen zu den Protesten lanciert zu haben, die seit Ende Juli 2018 landesweit stattfanden (siehe Meldung „Protestwelle“). Der Gründer des Pathshala South Asian Media Institute habe damit gegen Abschnitt 57 des nationalen Telekommunikationsgesetzes verstoßen. Bangladeschische und internationale Menschenrechtsorganisationen und Journalist*innenverbände kritisieren die Verhaftung Shahidul Alams. In seinen Stellungnahmen ordnete Shahidul Alam die Proteste in einen brei-

teren politischen Kontext ein. Neben der Forderung nach mehr Verkehrssicherheit, seien diese, so Alam, unter anderem auch ein Ausdruck einer wachsenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung gegen Korruption, außergerichtliche Gewalt und staatliche Repressionen, beispielsweise gegen die Medien und Zivilgesellschaft.

Anti-Drogen-Kampagne

Seit Mai 2018 sind Medienberichten zufolge in Bangladesch im Rahmen einer Anti-Drogen-Kampagne über 200 als Drogenhändler*innen markierte Menschen von Sicherheitskräften erschossen worden. Zudem seien über 20.000 Personen verhaftet worden. Der Polizeichef der Hauptstadt Dhaka legitimierte die von Premierministerin Sheikh Hasina Anfang Mai verkündete Null-Toleranz-Kampagne gegen Drogen damit, dass Bangladeschs Jugend vor Drogenkonsum geschützt werden müsse. Die Getöteten seien, so der Polizeichef, bei Schusswechseln erschossen worden. Die Sicherheitskräfte hätten sich lediglich verteidigt. Menschenrechtsverteidiger*innen bezweifeln die offizielle Einordnung der Geschehnisse und sprechen von einer Instrumentalisierung der Sicherheitskräfte zur Durchsetzung politischer Ziele.

Meldungen zusammengestellt von Boris Gemünd und Niko Richter.

„Verdeckt wollt Ihr halten die Zeichen Eurer Tyrannei“

Poesie des Widerstands

Von Niko Richter

Sukanta Bhattacharya, geboren am 15. August 1926 in Kolkata, war ein bengalischer Dichter und Dramatiker und gilt als wichtiger Vertreter der modernen bengalischen Poesie.

Schon als Schüler war Sukanta Bhattacharya politisch aktiv und seit 1944 Mitglied der Communist Party of India. Eine Annäherung an seine hier veröffentlichten Gedichte muss auch im historischen Kontext ihrer Entstehung geschehen, der Unabhängigkeitsbewegung gegen die britische Kolonialherrschaft in

Südasiens und dem Widerstand der Menschen gegen Fremdbestimmung und Ausbeutung. Sukanta Bhattacharya verstarb im Alter von 20 Jahren am 13. Mai 1947 an Tuberkulose, nur wenige Monate vor der Unabhängigkeit Indiens und Pakistans im August desselben Jahres. Der Großteil seiner Werke wurde posthum veröffentlicht.

Seine Gedichte, in einer modernen Sprache und im Stil einer der Prosa weichenden Lyrik verfasst, sind geprägt durch Realismus

und den Kampf der Menschen für ihre Rechte und die Erfüllung ihrer Grundbedürfnisse. Sie prangern Machtstrukturen und Ausbeutung an und setzen diesen einen vorsichtig geäußerten Optimismus entgegen. Die Zeilen seines Gedichts „Herrliches Leben“ verfasste er auf seinem Sterbebett in einem Krankenhaus in Kolkata. Die letzte Zeile in „Stufen“ spielt auf den berühmten Unfall des Mogulkaisers Humayun an, der durch einen Sturz von der Treppe seiner Bibliothek tödlich verunglückte.



Foto: Florian Albrecht

Übersetzung der Gedichte aus dem Bengalischen: Max Stille. „Herrliches Leben“ wurde aufgrund seiner Beliebtheit im jungen Bangladesch von Alokeranjan Dasgupta und Lothar Lutze in die 1974 erschienene Gedichtanthologie „Gangesdelta“ aufgenommen, die Werke indischer und bangladeschischer Autor*innen vereinte. Das Gedicht „Stufen“ heißt im Original সড়ি („Shiri“ in einer ungefähren Lautschrift); „Herrliches Leben“ heißt auf Bengalisch হে মহাজীবন („He mohajibon“).

Herrliches Leben

*Herrliches Leben, nicht noch mehr jener Lyrik
Mit harter und strenger Prosa komm Du
Den Wohlklang süßer Verse wisch heut fort,
mit dem Hammer der Prosa schlag zu!
Unnötig ist der sanfte Fluss des Gedichts
Heute werde ich Dir, Poesie, keine Arbeit aufladen
Im Reich des Hungers ist die Welt prosaisch:
der Vollmond gleich einem gerösteten Brotfladen.*

Stufen

*Wir sind die Stufen.
Jeden Tag erklimmt Ihr große Höhen,
indem Ihr auf uns herumtrampelt;
nie wendet Ihr den Blick und schaut zurück.
Unsere Brust preist den Staub Eurer Füße,
mit Wunden der Fußstritte übersät, jeden Tag.*

*Auch Ihr wisst das und
wollt den Schmerz unserer Herzen unter den Teppich kehren.
Verdeckt wollt Ihr halten die Zeichen Eurer Tyrannei.
Unterdrücken möchtet Ihr, vor der Welt,
den Laut Eures arroganten und tyrannischen Auf-Tretens.*

*Dennoch wissen wir,
dass das Trampeln Eurer Füße auf unseren Körpern
nicht für immer versteckt bleiben wird.
Und wie schon dem Kaiser Humayun eines Tages
auch Euch ein Fehl-Tritt unterlaufen mag.*

Bangladesch-Tagung und Mitgliederversammlung

Inwiefern ist es für die Arbeit von NETZ wichtig, sich mit dem Kolonialismus, seinen Auswirkungen auf globale Ungerechtigkeiten heute und dem Widerstand dagegen zu beschäftigen? Lassen sich auch in der Arbeit von NETZ koloniale Spuren entdecken? Und welche Rolle kann diese Auseinandersetzung für die zukünftige Gestaltung unseres gemeinsamen Engagements mit NETZ für mehr Gerechtigkeit und offene Gesellschaften in Bangladesch, Deutschland und weltweit spielen?

Der Austausch zu diesen und weitere Fragen stand im Mittelpunkt der diesjährigen Bangladesch-Tagung von NETZ, die am 8. und 9. Juni 2018 auf der Jugendburg Hohensolms bei Wetzlar stattfand. Über 60 Personen sind der Einladung gefolgt, darunter viele Menschen, die sich ehrenamtlich mit NETZ engagieren: im Vorstand, als Mitglied, in Arbeitskreisen, an Schulen sowie in Aktionsgruppen und in Unternehmen. Auch die Leiter des Bangladesch-Bü-

ros von NETZ in Dhaka, Habibur Rahman Chowdhury und Shahidul Islam, und die Mitarbeitenden in Deutschland nahmen am regen Austausch teil und brachten ihre Perspektiven ein.

Am selben Ort wählten am 10. Juni die Vereinsmitglieder von NETZ im Rahmen der Mitgliederversammlung den neuen Vorstand für die kommenden zwei Jahre. Manfred Krüger wurde im

Amt des Vorsitzenden bestätigt. Dr. Juliane Rytz und Dr. Bernhard Hoepfer stehen dem Vorstand stellvertretend vor. Martina Herzog übernimmt den Finanzvorsitz. Ebenso wurden Lena Boeck, Dorothee Mack und Jana Schubert in den Vorstand gewählt. Mit großem Applaus bedachten die Mitglieder Felicitas Qualmann, die nach sechsjähriger Vorstandsarbeit nicht erneut zur Wahl antrat.



Foto: Florian Albrecht

Der neugewählte NETZ-Vorstand, von links: Manfred Krüger, Martina Herzog, Dr. Juliane Rytz, Dorothee Mack, Dr. Bernhard Hoepfer, Jana Schubert und Lena Boeck.

Neue Mitarbeiterin

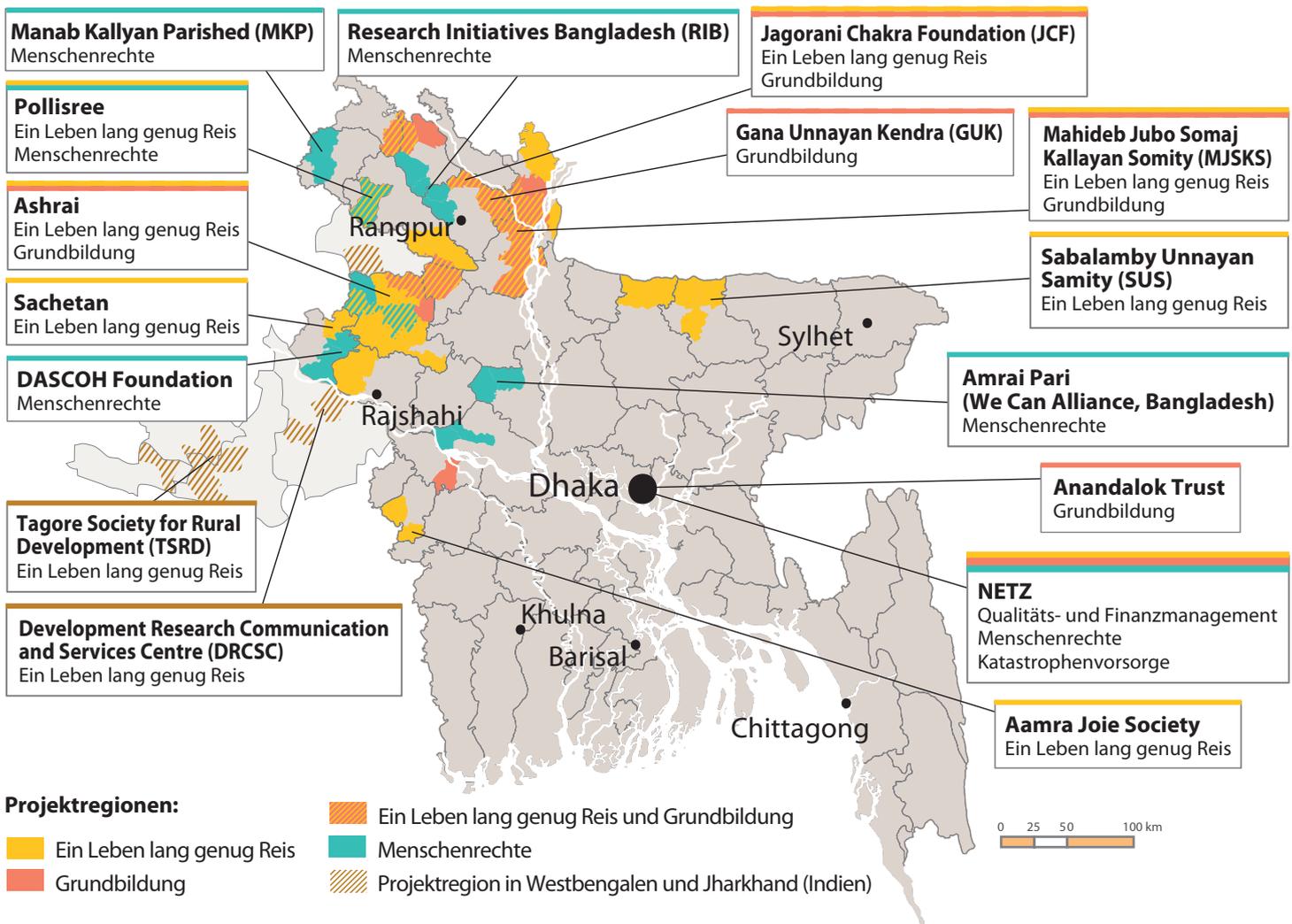


Foto: Florian Albrecht

Franziska Gaube verstärkt seit Mai 2018 das NETZ-Team in Wetzlar als Referentin für entwicklungspolitische Bildung und Freiwilligenarbeit. Erste Bangladesch-Erfahrungen hat sie im Jahr 2013 als Freiwillige am Goethe Institut in Dhaka gesammelt. Für ihre Masterarbeit im Studienfach Ethnologie kehrte sie 2016 nach Bangladesch zurück und forschte zum Einfluss von Schulbildung auf die Zu-

kunftsvorstellungen von Grundschulkindern.

Sie wollen eine Referent*in von NETZ in ihre Schule, Kirchengemeinde oder Weltladen einladen? Oder Sie benötigen Presse- und Bildungsmaterialien für eigene Veranstaltungen? Franziska Gaube unterstützt Sie gerne dabei; E-Mail: gaube@bangladesch.org, Telefon: 06441 - 9746318.



Partner und Projekte, die von NETZ unterstützt werden

NETZ konzentriert seine Arbeit auf vier Projektbereiche:

„Ein Leben lang genug Reis“ unterstützt Familien, die zu den ärmsten und am meisten benachteiligten gehören. Durch Startkapital erwirtschaften sie dauerhaft Einkommen und können dadurch für Nahrung, Kleidung und Gesundheit sowie für die Bildung ihrer Kinder sorgen. Selbsthilfe-Strukturen werden langfristig gefestigt.

200.000 Menschen haben seit Beginn des Programms den Hunger eigenständig überwunden.

Menschenrechte: NETZ setzt sich gemeinsam mit Menschenrechtsorganisationen in Bangladesch von der Dorfebene bis zur nationalen Ebene gewaltfrei gegen Unrecht und für Menschenwürde ein. 8.400 Menschenrechtsverteidiger*innen engagieren sich für Frauenrechte, Gleichberechtigung und die gewaltfreie Transformation von Konflikten.

Grundbildung: Gemeinsam mit Partnerorganisationen tritt NETZ von lokaler bis nationaler Ebene für das Recht auf Bildung von Kindern aus benachteiligten Bevölkerungsgruppen ein und unterstützt

ihren Zugang zu hochwertiger Grundbildung. Zentral dafür sind regelmäßige Fortbildungen für die Lehrkräfte, das hohe Engagement der Lokalbevölkerung an den Schulstandorten und der Dialog mit Schulbehörden. 2017 wurden 38.190 Kinder an 274 Schulen unterstützt.

Katastrophenvorsorge: Gemeinsam mit lokalen Partnerorganisationen unterstützt NETZ Menschen mit Soforthilfe beim Kampf gegen Hunger und Krankheiten nach einer Naturkatastrophe und beim Schutz vor künftigen Katastrophen.

NETZ - Zeitschrift für Entwicklung und Gerechtigkeit
Moritz-Hensoldt-Str. 20 / D-35576 Wetzlar
Postvertriebsstück / DPAG / Entgelt bezahlt / G 8619

ISSN 1619-6570



Foto: Niko Richter

Gewaltfrei gegen Unrecht

Gemeinsam mit Menschenrechtsorganisationen setzt sich NETZ in Bangladesch von der Dorfebene bis zur nationalen Ebene gewaltfrei gegen Unrecht und für Menschenwürde ein. 8.400 Menschen engagieren sich für Frauenrechte, Gleichberechtigung und gewaltfreie Konflikttransformation. Mit 58 Euro fördern Sie den Einsatz einer Menschenrechtsaktivistin für ein Jahr.



Das Spenden-Siegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) bestätigt, dass wir mit den uns anvertrauten Mitteln sorgfältig und verantwortungsvoll umgehen.

Partnerschaft Entwicklung Gerechtigkeit
NETZ
বাংলাদেশ
www.bangladesch.org

**NETZ Partnerschaft für
Entwicklung und Gerechtigkeit e.V.**
Moritz-Hensoldt-Str. 20
D-35576 Wetzlar
Tel.: 06441 / 97463-0
Fax: 06441 / 97463-29

Spendenkonto / IBAN
Volksbank Mittelhessen
DE 82 5139 0000 0000 0062 62
BIC: VBMHDE5F